

***Streiflichter
auf die Geschichte der DDR***

**Rosa-Luxemburg-Verein e. V.
Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V
Leipzig 1993**

MITTEILUNGEN
Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben
von Fritz Gebauer und Manfred Neuhaus

Heft 13

© **ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V.**

Rosa-Luxemburg-Straße 19-21
04103 Leipzig

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Redaktion: Manfred Neuhaus und Eberhart Schulz

Texterfassung: Barbara Kleinbauer

Korrektur: Ursula Albert

Satz: Daniel Neuhaus

Herstellung: GNN Gesellschaft für

Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung m.b.H.

Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

ISBN

Das Faksimile aus Rosa Luxemburgs »Zur russischen Revolution« (Blatt 100) ist der von Annelies Laschitza besorgten Edition »Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und andere Quellen zur Polemik mit Lenin«, Dietz Verlag Berlin 1990 (S. 152) entnommen.

Inhalt

Eberhart Schulz: Vorwort	5
Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität	7
Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR	15
Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Auf- begehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich	27
Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR	41
Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinese Wall‹. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz)	49
Personalia	51
Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg- Vereins e. V.	53

Vorwort

Das »Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.« widmet sich der Förderung politischer Bildung, sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung und einem interdisziplinären wissenschaftlichen Gedankenaustausch. Zu zeitgeschichtlichen Fragestellungen fanden bereits 1992 u. a. Diskussionen zur Thematik »Was heißt eigentlich ›Aufarbeitung der DDR-Geschichte?« und »Der ›Realsozialismus‹ – ein (gescheitertes) Experiment?« statt. Ende April 1993 ging ein Wochenendseminar der Frage nach, was uns Marx heute noch zu sagen hat.

Neben Diskussionsveranstaltungen möchten wir auch mit dem gedruckten Wort wirksam werden. Das Entgegenkommen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hat uns das nun ermöglicht, wofür wir dem Verein und seinem Vorsitzenden, Prof. Manfred Neuhaus, herzlich Dank sagen.

Die vorliegende Broschüre wendet sich der Geschichte der DDR zu. Denn die Auseinandersetzung darum dauert an, was nicht verwunderlich ist, da die meist aus politischen Motiven bezogenen Standpunkte sich vielfach diametral entgegenstehen, aber auch innerhalb einzelner Gruppen recht differenzierte Ansichten vertreten werden. Es sieht also derzeit nicht danach aus, als werde von der DDR nur eine »Fußnote der Geschichte« übrigbleiben, als werde die Geschichte der DDR bald »Zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen«, wie verschiedentlich geäußert wurde.

Soll die Auseinandersetzung um die Geschichte der DDR, eines Staates, der mehrere Generationen der im Osten Deutschlands lebenden Menschen in unterschiedlichem Maße geprägt hat und der auch auf die

Entwicklung der BRD nicht ohne Wirkung geblieben ist, auf seriöse und sachliche Art und Weise vor sich gehen, dann ist es unabdingbar, die Geschichte der DDR frei von Nostalgie, aber auch frei von kurzschlüssigen Verdikten darzustellen.

Die vorliegende Veröffentlichung beleuchtet streiflichtartig einige Aspekte dieser Geschichte. Die Autoren legen die Ergebnisse ihrer Untersuchungen, gestützt auf zum Teil neuerschlossene Quellen, sachlich dar, ohne allerdings ihren persönlichen Standpunkt zu verschweigen.

Eberhart Schulz

Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität

von Rolf Badstübner

Im Kontext der bundesweit unschwer auszumachenden »Rückbesinnung« auf Geschichtsbilder des kalten Krieges erscheint auch bereits die Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) als bloße Fehlentwicklung jenseits des historischen Hauptweges, der in selbstverständlicher und angeblich unanfechtbarer Legitimität vom »Reich« zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) führte. Wie verhielt es sich tatsächlich mit den beiden deutschen Nachkriegswegen und ihrer Legitimierung? Mußte es überhaupt zur deutschen Zweistaatlichkeit kommen, oder gab es nicht vielmehr Chancen für den Erhalt und die Festigung der nationalstaatlichen Einheit im Rahmen eines europäischen Kooperativsystems?

Der Krieg in seinen letzten Phasen und die Vorbereitungen auf den Frieden wurden stark geprägt von der Waffenbrüderschaft zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion. Aus ihr heraus erwuchs die Überzeugung, daß der künftige Weltfriede entscheidend davon abhängen würde, ob es den drei Großmächten gelänge, ihr Kriegs Bündnis in eine enge und intensive Kooperation im und für den Frieden überzuleiten und daß dies, trotz Meinungsverschiedenheiten, System- und Interessengegensätzen, möglich sei. Man attestierte sich gegenseitig Friedens- und Kooperationsfähigkeit. Die »Großen Drei« erklärten sich willens und nahmen sich – vor allem mit ihren Beschlüssen von Jalta und Potsdam – in die Pflicht, gemeinsam eine solche dauerhafte und stabile, weltumspannende Nachkriegs- und Friedensordnung zu schaffen, die die Menschheit vor der drohenden Selbstvernichtung durch einen dritten Weltkrieg bewahren würde und die, darin eingeschlossen, vor allem einer erneuten Bedrohung des Weltfriedens oder der Nachbarvölker durch Deutschland und Japan wirksam vorbeugen sollte.

Einen wesentlichen Bestandteil des »Grand Design« von Jalta und Potsdam bildeten die deutschlandpolitischen Beschlüsse der Alliierten. Sie waren weitgehend anglo-amerikanischen Ursprungs, dennoch von einer bemerkenswerten gesellschaftspolitischen Radikalität. Der Nationalsozialismus und in Verbindung damit der preußisch-deutsche Militarismus wurden als wirtschaftlich-gesellschaftliche Produkte und Phänomene deutscher Psyche und als Ergebnisse des »deutschen Sonderweges« betrachtet. Daraus ergab sich ein ebenso weitgestecktes wie radikales Programm zur Beseitigung von Nationalsozialismus, Militarismus, Junkertum und Rüstungskapital und für eine demokratische Umerziehung der Deutschen. Es ging um eine Verbindung von sozialer Umgestaltung und demokratischer Erneuerung in Deutschland, die unerläßlich schien.

Die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes auf dem Wege einer Bodenreform gehörte ebenso zu den gemeinsamen alliierten Zielen wie die Beseitigung aller Monopolvereinigungen.

In Potsdam wurde – in Preisgabe früherer alliierter Zerstückelungspläne – »Deutschland als Ganzes« zum entscheidenden Bezugspunkt und die Bildung von deutschen Zentralverwaltungen vorgesehen. Dagegen erhob allerdings Frankreich seinen Vorbehalt, und die Einteilung Deutschlands in zwei Reparationsgebiete unterminierte – wie sich bald erwies – die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands entscheidend.

Die Sowjetunion orientierte sich seit Frühjahr 1945 eindeutig auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands, die Wiedererrichtung eines deutschen Staates im Ergebnis des alliierten Besatzungsregimes und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Das waren auch deutliche Eckpunkte bei der Festlegung der Nachkriegspolitik der KPD, wie sie Anfang Juni 1945 in Moskau erfolgte. In der Beratung am 4. Juni 1945, über die Wilhelm Pieck Aufzeichnungen überliefert hat¹, sah Stalin zwar eine Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit, daß im Ergebnis der Besetzung »zwei Deutschlands« entstehen könnten. Er orientierte die Führung der KPD aber eindeutig und mit Nachdruck darauf, die »Einheit Deutschlands« zu sichern – und dies sollte auf der

¹ Gemäß den Notizen Wilhelm Piecks von der Beratung am 4. Juni 1945. In: ZPA. NL 36/629. Bl. 62-64.

Grundlage eines konsensfähigen antifaschistischen und radikaldemokratischen Aktionsprogramms erfolgen, wie es die KPD nachfolgend am 11. Juni 1945 mit ihrem Aufruf darlegte. Es erwies sich – und das war keineswegs zufällig und zugleich von grundlegender Bedeutung – als kompatibel mit den bereits in Jalta getroffenen und mit den späteren deutsch-landpolitischen Beschlüssen von Potsdam.

Das für 1945 zu konstatierende, realpolitische Herangehen von KPdSU und KPD an die deutsche Frage stützte die alliierte Kooperation in und gegenüber Deutschland. Es ging nicht um eine etwaige Sowjetisierung Deutschlands und kommunistische Machtergreifung in Deutschland, und auch die sowjetische Besatzungszone sollte nicht einer, den Rahmen des Kodexes der Vier-Mächte-Verwaltung verlassenden Sonderentwicklung unterworfen werden.

Bei aller Widersprüchlichkeit, Mehrdimensionalität und teilweisen Unentschiedenheit sowjetischer Nachkriegspolitik blieb die sowjetische Deutschlandpolitik in ihrer Stalinschen Ausrichtung und Prioritätensetzung von 1945 bis in die 50er Jahre auf das Ziel orientiert, die deutsche Frage auf dem Wege von Verhandlungen, der Bildung eines deutschen Staates und durch Abschluß eines Friedensvertrages zu regeln.

Stalin verpflichtete die SED-Führung in den von Pieck aufgezeichneten Gesprächen Anfang 1947², Ende 1948³ und Mitte 1950⁴, dem Ringen um Einheit Deutschlands und Abschluß eines Friedensvertrages oberste Priorität einzuräumen und es mit allen Mitteln zu verstärken.

War dabei für die Sowjetunion bei Berücksichtigung der internationalen Konstellation die Blockfreiheit des zu errichtenden deutschen Staates und deren Verankerung in einem Friedensvertrag unverzichtbar, so offenbarte sie in diesem Rahmen andererseits große, unter den sich wandelnden Bedingungen sogar zunehmende Kompromißbereitschaft. Gesellschaftspolitische, aus dem Potsdamer Abkommen abgeleitete Auflagen für das einheitliche bzw. wiedervereinigte Deutschland wurden stark abgebaut. Nicht verhandlungsfähig war für die Sowjetunion allerdings die Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands.

2 Siehe ZPA. NL 36/694. Bl. 3-7.

3 Siehe ZPA. NL 36/695. Bl. 42-45.

4 Siehe ZPA. NL 36/696. Bl. 2-7.

Alle Besatzungsmächte übten ihre oberste Gewalt (zunächst) streng im Sinne einer Interventions- und Erziehungsdiktatur und damit zulasten einer autochthonen deutschen Demokratieentwicklung aus. Die ostzonale Entwicklung wurde geprägt durch forcierte und radikale, sich auf das Potsdamer Abkommen beziehende Maßnahmen zur Entnazifizierung, Umerziehung und gesellschaftlichen Umgestaltung. Diese waren nicht primär das Ergebnis demokratisch-revolutionärer Bewegungen, sondern – das Element von Obrigkeitsstaatlichkeit und Traditionen des deutschen Sonderweges auf widersprüchliche Weise einerseits abbauend, andererseits stärkend – administrativer Reformen unter Besatzungsbedingungen. Als ihr Hauptträger fungierte die von der Besatzungsmacht besonders gestützte und geförderte KPD bzw. dann die SED, die im Rahmen eines Blockverbundes unterschiedlicher Parteien agierte. Immerhin entwickelte sich das politische Leben in der SBZ zu einem beträchtlichen Organisationsgrad, der höher war als in den Westzonen, und die Umgestaltungen fanden doch erhebliche plebiszitäre Unterstützung und Akzeptanz, wie insbesondere im sächsischen Volksentscheid über die Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher eindeutig dokumentiert wurde.

Wie überall in Deutschland schuf die Besetzung auch in der SBZ Rahmenbedingungen für die ersten Wahlen nach dem Kriege und beeinflusste diese. Dennoch konnte auch von westalliierten Beobachtern festgestellt werden, daß insbesondere die Landtagswahlen im Oktober 1946 in der SBZ unter weitgehender Einhaltung der Prinzipien freier, gleicher und geheimer Wahlen durchgeführt worden waren. Die aus diesen Wahlen hervorgegangenen Landtage waren somit gewählte, repräsentative Volksvertretungen, die von ihnen eingesetzten Landesregierungen legitimiert und die von ihnen ausgearbeiteten und verabschiedeten Länderverfassungen von keinem staatsrechtlich minderen Rang als die Verfassungen westzonaler Länder.

Im Ergebnis von administrativen Maßnahmen »von oben«, aber auch eines mit großem Einsatz antifaschistischer und demokratischer Kräfte sich vollziehenden Ringens um Abrechnung, Vergangenheitsbewältigung, Umgestaltung und Neuaufbau wurden in der SBZ die alten faschistischen oder faschistisch belasteten Eliten aus verantwortlichen Positionen rigoros

entfernt, der Nationalsozialismus in den gesellschaftlichen Strukturen beseitigt und eine neue, »antifaschistisch-demokratische Ordnung« geschaffen die, wie auch immer, Konturen eines neuen Deutschlands erkennen ließ. Wenn dies auch nicht – und das erwies sich als folgenschweres Defizit – von einer ebenso radikalen, die Masse der ehemaligen Nazis und »Mitläufer« erfassenden individuellen Faschismusbewältigung begleitet war, der Antifaschismus in starkem Maße importiert und verordnet wurde, so dominierte er jedenfalls die ostzonale Gesellschaft in ihrer Öffentlichkeit und den entstehenden Staat. Und das war nicht gering zu veranschlagen! Die grundsätzlich an den Potsdamer Beschlüssen orientierte und sich durchaus im Rahmen der Vier-Mächte-Verwaltung bewegende sowjetische Besatzungspolitik wies in ihrer Praxis allerdings gleichzeitig Züge der einseitigen Auslegung der alliierten Beschlüsse und ihrer Umfunktionsierung (z.B. gravierend hinsichtlich der Internierungslager) sowie der Verquickung mit Vorgehensweisen und Methoden auf, die man auf den Nenner stalinistisch bringen muß (das zeigte sich bereits gravierend bei den sowjetischen Vorgehensweisen gegen einheitsunwillige Sozialdemokraten).

Doch wäre es unrichtig und ebenso einseitig, die Besatzungspolitik der Sowjetunion auf diesen Nenner bzw. etwa auf eine unlegitimierte »Sowjetisierung« festschreiben zu wollen. Gemessen an den deutschlandpolitischen Grundsätzen und Zielen der Alliierten waren sowjetische Besatzungspolitik und ihre wesentlichen Ergebnisse – und damit auch die Entstehung der DDR – zweifelsfrei legitimiert.

Das galt mutatis mutandis ebenso für die Politik von KPD/SED und der anderen Blockparteien in der SBZ. Eine solche Grundsatzfeststellung bedeutet keineswegs, daß nicht zugleich auch Defizite, Fehlentscheidungen und Deformierungen anzumerken sind. Das gravierendste Defizit bestand zweifellos darin, daß es nicht gelang, aus den Besatzungsbedingungen heraus und alternativ zum Faschismus eine lebenskräftige, echte Zivilgesellschaft mit einem fundierten und funktionierenden demokratischen System zu entwickeln. Mehr noch: vorhandene Ansätze wurden dann durch den kalten Krieg und die damit verbundene Eskalation des Stalinismus nicht weiter ausgebaut, sondern im Gegenteil eingeschränkt bzw. deformiert.

Doch dies war noch nicht die Problemstellung der Jahre 1945 und 1946. Die bereits zu diesem Zeitpunkt zutagetretende westalliierte und mehr noch westdeutsche Negativeinstellung gegenüber der Ostzone entstand primär nicht als Reaktion auf die Defizite bei der Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse, sondern, im Gegenteil, auf die Erfolge und das damit verbundene, ansatzweise Entstehen eines alternativen, neuen Deutschlands! Die Einigung über eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage scheiterte auf der Moskauer Konferenz nicht daran, daß die Sowjetunion politische Forderungen erhob, die auf die Errichtung einer Volksdemokratie in Deutschland oder ähnliches gezielt hätten. Ganz im Gegenteil wurde von ihr ein modifiziertes Weimarer Modell akzeptiert. Die Verhandlungen scheiterten bekanntlich vielmehr an der Reparationsfrage oder besser: die Westmächte ließen sie daran scheitern⁵, um ihren bereits vorher festgelegten Kurs auf Westblock und separate Westzonenregelung zielstrebig verfolgen zu können.

Westdeutscherseits wurden alle gesamtdeutschen Initiativen und Angebote der SED ignoriert oder abgeblockt. Der Bogen spannte sich von ihrem Verfassungsentwurf vom November 1946, Gesprächsanregungen zur Verständigung über die Bildung einer deutschen Repräsentation, Vorschlägen über die Durchführung eines Volksentscheides über die Einheit Deutschlands bis hin zur Brüskierung der ostzonalen Ministerpräsidenten in den Vorbesprechungen zur Münchener Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten Anfang Juni 1947⁶.

Und auch die gesamtdeutschen Bestrebungen des CDU-Politikers Jakob Kaiser scheiterten am Abblocken seitens der westzonalen CDU-Führer, über die ein vertraulicher OMGUS-Bericht vom 29. Dezember 1947 festhielt: »Diese Führer sind, gemäß unseren Informationen, für die Trennung der Beziehungen zur Ostzone, um alle politischen Anstrengungen im Westen konzentrieren zu können. Sie sind gegenwärtig nicht geneigt, eine politische Vereinigung aller vier Zonen zu unterstützen aus Furcht, daß die radikalisierte Ostzone den Staatskörper der Westzonen infizieren könnte.«⁷

5 Siehe mit neuen Archivbelegen hierzu: Rolf Badstübner: Friedenssicherung und deutsche Frage. Berlin 1990. S. 274ff.

6 Siehe ebenda. S. 264ff. und 292ff. 7 BA. Z 45 F AG/1947/1/1 [Übersetzung vom Autor].

Die alliierte Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands war ein risikoreiches Unternehmen. Sie zeitigte Erfolge, aber in entscheidenden Aufgaben auch Mißerfolge. Dennoch hätte dies nicht zwangsläufig zur Teilung Deutschlands führen müssen. Aber den Ausschlag gab ohne Zweifel der weltpolitische Kurswechsel, die Preisgabe des »Grand Design« von Jalta und Potsdam, insbesondere eines damit verbundenen europäischen Kooperationsystems, zugunsten eines westeuropäisch-atlantischen Separatweges, dessen Grundlagen mit dem Marshallplan unter Ausklammerung Osteuropa gelegt wurden. Der »westliche« Entschluß zur Aufteilung der Welt und insbesondere Europas schloß eine Westzonenregelung« der deutschen Frage als unerläßlich ein und eine auf ein neutralisiertes Gesamtdeutschland tendierende Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage aus – auch bei großem sowjetischen Entgegenkommen!

Die Sowjetunion und die Verantwortung mittragenden deutschen Politiker in der Ostzone hatten im September/Oktober 1949 weder Wahlmöglichkeiten noch Entscheidungsspielräume. Ob man es wollte oder nicht, ob mit Freude, Bedenken oder Bedauern, es blieb aus Gründen sowjetischer Interessenwahrung, sowjetzonalen Selbstbehauptungswillen und wohlverstandener Zonenraison« nichts anderes übrig: dem Westzonenstaat mußte ein Ostzonenstaat entgegengesetzt werden!

Die Sowjetunion, die wie die Westmächte rechtens die oberste Gewalt auf einem Teil deutschen Territoriums ausübte und sich dabei anders, aber keinesfalls weniger, sondern eher mehr als jene an den gemeinsamen alliierten Beschlüssen orientiert hatte, konnte selbstverständlich ebenso einen deutschen Teilstaat errichten bzw. deutsche Politiker mit der Bildung eines solchen beauftragen. Und zweifellos konnte der Ostzonenstaat staats- und völkerrechtlich den gleichen Grad an Legitimität für sich in Anspruch nehmen wie der Westzonenstaat.

Die DDR entstand keineswegs als unmittelbares Resultat eines zielstrebigem Kurses in Richtung auf die Bildung eines Ostzonenstaates, sondern vielmehr als zwangsläufige Reaktion auf die Errichtung des Westzonenstaates. Und diese ging jener nicht nur einfach voran, sondern sie erfolgte – bei Abweisung aller sowjetischen Verhandlungsangebote und Abblockung aller ostzonalen, auf die Einheit Deutschlands zielenden Initiativen – zielstrebig und kompromißlos.

Und gravierend kam hinzu: Die BRD unterschied sich zwar in ihrem politischen System, ausgerichtet auf die liberal-demokratischen Leitbilder der »westlichen« Demokratien, und in ihrer »West«bindung deutlich vom faschistischen Deutschland. Zugleich aber war für diese BRD eine, wenn gleich gebrochene Kontinuität wesentlicher gesellschaftlicher Grundlagen, sozialökonomischer Machtstrukturen und von Bestandteilen des Elitenkartells des faschistisch-imperialistischen Deutschlands kennzeichnend und unübersehbar. Wie auch immer man dazu stand, konnte nicht einfach davon abgesehen werden, daß – gemäß den historischen Erfahrungen – erneut Expansionsbestrebungen und Friedensgefährdungen hervortreten konnten. Auf jeden Fall: Diese BRD befand sich in ihren gesellschaftlichen Gegebenheiten in einem nicht wegzudiskutierenden Gegensatz zu den gemeinsamen deutschlandpolitischen Grundsätzen und Zielvorstellungen der Alliierten für die Schaffung eines neuen, anderen Deutschlands, wie sie in den Beschlüssen von Jalta und Potsdam fixiert worden waren und anfangs auch die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates stark bestimmt hatten.

Demgegenüber konnte die als »antifaschistisch-demokratische« bezeichnete Ordnung in der Ostzone – trotz unschwer festzustellender Hypothesen und Defizite – zweifellos, sich legitimierend, beanspruchen, sehr viel radikaler mit der deutschen Vergangenheit und dem Faschismus abgerechnet, gesellschaftspolitisch tatsächlich einen Neuanfang gewagt zu haben.

Die DDR als notwendige Reaktion auf die Errichtung der BRD legitimierte sich also nicht nur durch die Unausweichlichkeit ihrer Gründung, sondern als – wie auch immer zu beurteilende – deutsche Alternative und für viele im In- und Ausland als notwendig erscheinendes historisches Korrektiv oder Gegengewicht zur BRD – und darüber hinaus für nicht wenige außerdem durch ihre – tatsächliche oder vermeintliche – antikapitalistische und sozialistische Entwicklungsperspektive.

Die führende Rolle der SED als Problem der DDR

von Siegfried Prokop

1946 durch Vereinigung von KPD und SPD geschaffen, trat die SED 1989/1990 unrühmlich von der Tribüne der Geschichte ab. Sie erlitt ein vergleichbares Schicksal wie andere osteuropäische Bruderparteien. Es ist offensichtlich, daß das geschichtliche Scheitern tiefe Ursachen im politischen System hat und nicht primär auf subjektive Fehler von Parteiführern zurückzuführen ist. Natürlich sind die weltgeschichtlichen Entwicklungsprobleme nach 1945 in die Betrachtung einzubeziehen, wenn schlüssig werden soll, warum die Hoffnungen von Reformern trotz mancher Ansätze letztlich in keinem realsozialistischen Land von Erfolg gekrönt waren.

Der Ausbruch des kalten Krieges

Das Jahr 1948 markierte einen tiefen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte. In West und Ost setzte sich im politischen Denken eine Lagermentalität durch, die der an sich wünschenswerten Kooperation in der Zeit des Krieges und in den Jahren unmittelbar danach kaum noch eine Chance ließ. Die Ursachen sind nicht lediglich auf einer Seite zu suchen. Es waren die gegensätzlichen Grundinteressen zwischen dem osteuropäischen Sozialismus und dem westlichen Kapitalismus, die den Konflikt letztlich unvermeidbar werden ließen.¹ Jede Schuldzuweisung lediglich an

¹ Der kalte Krieg war nicht von Anfang an unvermeidbar, wie die anfängliche Nachkriegskooperation zeigt. Siehe Rolf Badstübner: Alliierte Politik und Besatzungsherrschaft

die eine der beiden Seiten verklärt das Zustandekommen des kalten Krieges. Natürlich haben beide Seiten in den unterschiedlichen Phasen des kalten Krieges nicht völlig synchron agiert. Das trifft vor allem auch auf den Beginn des kalten Krieges zu.

Mit Marshall-Plan und Truman-Doktrin hatte die USA-Regierung seit 1947 Kurs auf eine antisozialistische Befestigung und offensive Ausrichtung der kapitalistischen Welt genommen. Bi- und Trizonenvereinigung und separate Währungsreform in Westdeutschland waren in diesem Zusammenhang folgerichtige Schritte auf dem Wege der Spaltung Deutschlands, die vom Westen gewollt war und aktiv betrieben wurde.

Die UdSSR forcierte in Osteuropa die Ausbildung eines sozialistischen Weltsystems, das unter ihrer Hegemonie stand. Sie duldet nicht länger, daß andere Länder nationale Wege zum Sozialismus beschritten. Nationalkommunistische Denkansätze und -konzepte, wie die von Georgi Dimitroff in Bulgarien, Wladislaw Gomulka in Polen und Anton Ackermann in der sowjetischen Zone Deutschlands, waren angesichts der Übermacht der UdSSR unter J.W. Stalin chancenlos. In der außerordentlich scharfen Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ließ die KPdSU keinen Zweifel daran, daß jetzt im Einflußbereich der UdSSR nur noch das sowjetische Modell befolgt werden dürfe. Jedem Land, das sich – wie Jugoslawien – erfolgreich dagegen wehrte, drohte die Exkommunizierung. Tito wurde schließlich zum Feind erklärt.

Kurs auf Partei neuen Typs

Es scheint sinnvoll, daran zu erinnern, wie es zur Theorie der Partei neuen Typs kam. Die theoretischen Grundlagen für eine solche Partei wurden 1902 von W.I. Lenin in seinem Buch »Was tun?« entwickelt, die organisatorischen in seinem Buch »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« im

zur Schaffung eines antinazistischen, antimilitaristischen, demokratischen und friedlichen neuen Deutschlands und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf. Bd. 1. Bonn, Berlin 1993. S. 29.

Jahre 1904. Im zweiten Titel fand sich erstmals in der Geschichte der Arbeiterbewegung die *These von der führenden Rolle der Partei*. Handelte es sich dabei um eine Weiterentwicklung oder eine Abweichung vom Marxismus und den revolutionären Prinzipien der Arbeiterbewegung?²

Die Entwicklungen im Jahre 1948 hatten auch weitgehende Konsequenzen für die sowjetische Zone in Deutschland. In Berlin-Karlshorst regierte die Sowjetische Militäradministration zunächst mit Befehlen, ehe ab 1948 die Deutsche Wirtschaftskommission eigene Verordnungen erlassen durfte, die zuvor von der SMAD genehmigt worden waren. Nachdem klar war, daß der Westen mit dem Kurs auf die separate Staatsbildung die Ostdeutschen auf unabsehbare Zeit ihrem Schicksal preisgab, wurde auch hier der Kurs auf das sowjetische Modell gestellt, wobei unübersehbar ist, daß die Fristen anders als bei den osteuropäischen Ländern bemessen waren und auch die Methoden modifiziert wurden. Sowjetisches Modell in der sowjetischen Zone anzuwenden, das bedeutete, die SED zu einer *Partei neuen Typs* zu entwickeln und innerhalb des politischen Systems die *führende Rolle der SED* durchzusetzen.

Für das Einschwenken auf das sowjetische Modell existierten auch innere Ursachen. Viele ehemalige Funktionäre der KPD waren innerhalb der Komintern im Geiste der stalinistischen Variante des autoritären Sozialismus erzogen worden; diejenigen, die demgegenüber Vorbehalte zu erkennen gegeben hatten, überlebten sowjetische Lager nicht. Weder im Osten noch im Westen wurde bezweifelt, daß die Sowjetunion historisch-politisch außerordentlich erfolgreich war. Viele, die 1948 willig auf den sowjetischen Kurs einschwenkten, taten dies, weil sie die UdSSR für ein vorbildliches und taugliches Modell hielten. Stalin war ein weltweit geachteter Staatsmann, dessen Verbrechen noch nicht öffentlich bekannt

2 »Was ist da eigentlich in unseren Tagen zusammengebrochen? Oder anders herum gefragt? Was wurde 1917 begonnen? Eine zivilisatorische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft? Eine höhere gesellschaftliche Entwicklungsform oder ein steiniger Sonderweg, abseits der zivilisatorischen Hauptstraße? Ich möchte hier dafür argumentieren, daß wir heute den endgültigen Schiffbruch des Versuchs bezeugen, nicht den Marxismus, sondern eine Anti-Marxsche Denktradition praktisch zu erproben, die sich abseits des Hauptstroms der Zivilisation entwickelt hat: den Marxismus-Leninismus.« (Werner Schmidt: Liegt unter den Trümmern des »realen Sozialismus« auch Karl Marx begraben? In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 34(1992)2. S. 148.)

waren. Die SED verfügte über ein langfristiges Konzept für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung in ganz Deutschland mit der Bildung einer demokratischen Republik. Dieses verlor jedoch mit der raschen Staatsbildung im Westen die reale Bezugsbasis. So entstand ein konzeptionelles Vakuum, was die Akzeptanz gegenüber dem »bewährten« sowjetischen Weg vergrößerte. Anton Ackermann distanzierte sich unter dem Druck der veränderten Verhältnisse selbst von seiner These eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus. Der Parteivorstand der SED entschied sich auf der 11. bis 13. Tagung (1948) für das sowjetische Modell und forcierte die Entwicklung zur »Partei neuen Typs«. Eine alternative Möglichkeit gab es nicht. Sie wäre überdies gegen die sowjetische Übermacht nicht durchsetzbar gewesen. Entgegen der deutschen Parteitradition der revolutionären Massenpartei richtete sich das Korsett der »Partei neuen Typs« an Kriterien aus, wie sie Lenin für die Bolschewiki, einer Partei von Berufsrevolutionären, erarbeitet hatte. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus war dafür ebenso typisch wie die »eiserne« Disziplin gegenüber den Parteibeschlüssen. Die Schaffung des Politbüros, die Einführung einer Kandidatenzeit und die Schaffung von Parteikontrollkommissionen dienten der Erhöhung der »Kampfkraft« und der »Einheit und Reinheit« der Partei. Die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen durch ehemalige Mitglieder der KPD und der SPD wurde aufgehoben, was auch erforderlich wurde, weil die neue Generation in der SED ihre Herkunft nicht mehr aus KPD oder SPD ableitete. Die Parteischulung konzentrierte sich auf die Geschichte der KPdSU und nahm ab November 1950 systematischen Charakter an.

Innerhalb der SED wollten und konnten viele ehemalige Sozialdemokraten und einige Kommunisten diesen Weg nicht mitgehen. Diese wurden von der Parteiführung als »Schumachergehilfen« und »Reformisten« gebrandmarkt. Eine ordentliche Diskussion fand nicht statt. Die SED beanspruchte auf ihrem Weg zur »Partei neuen Typs« gegenüber den anderen Parteien einen Führungsanspruch. Auch auf Grund des Widerstandes konservativ-restaurativer Kräfte geriet im Februar 1948 der Demokratische Block in eine Krise, die nur durch die Bemühungen der SMAD und das zeitweilige Zurückstellen von Zielen der SED im August überwunden

werden konnte. Hatten im Block bis 1948 Prinzipien einer relativen Gleichberechtigung und des offenen Meinungsstreits vorgeherrscht, so setzte sich nun schrittweise bis 1952 das *Parteimonopol der SED* durch. Der Führungsanspruch wurde über die Deutsche Wirtschaftskommission verwirklicht, die als Führungsinstrument der SED den Landtagen übergeordnet wurde. Da die SED nicht sicher war, ob die Arbeiter in ihrer Mehrheit hinter ihr standen, ließ sie 1948 die anstehenden Landtagswahlen aussetzen. Im Unterschied zu 1946 wurde 1950 nur noch wie in der UdSSR über Einheitslisten gewählt und das Demokratie-Defizit bewußt in Kauf genommen.

Revolution von oben

Die DDR entstand nicht im Ergebnis eines zielstrebigem Kurses in Richtung eines Ostzonenstaates, sondern »vielmehr als zwangsläufige Reaktion auf die Errichtung des Westzonenstaates«³. In der Zeit nach der DDR-Gründung blieb das Mehrparteiensystem (im Unterschied oder im Gegensatz zum sowjetischen Modell!) bestehen. Auch die bürgerlich-demokratischen Parteien bekannten sich, nachdem nicht wenige ihrer konservativen Vertreter verdrängt worden waren, zu dem überstürzten Übergang zum sozialistischen Aufbau und willigten 1952 von sich aus ein, der SED eine hegemoniale Rolle zuzubilligen. In der Forschung zu prüfen ist noch, unter welchem Druck die Blockparteien dies taten. Wurde 1952/1953 im Politbüro der SED mit dem Gedanken des Übergangs zur Einparteienherrschaft gespielt? Aus der Übersetzung des russischen Terminus »Partija i Pravitelstvo« setzte sich rasch der Begriff »Partei und Regierung« in der politischen Sprache der DDR durch, der die Existenz eines Mehrparteiensystems faktisch ignorierte. Der aus westlichen Medien von Teilen der DDR-Bevölkerung später übernommene Begriff »Blockflöten« brachte die Unterordnung der DBD, CDU, LDPD und

3 Rolf Badstübner: Die Entstehung des ostdeutschen Teilstaates DDR. Ihre Historizität und Legitimität. In: Journal für Recht und Würde. Berlin 2(1993) S. 13f.

NDPD unter die SED auf einen Nenner. Jedoch wurde damit die Rolle dieser Parteien nicht differenziert genug beschrieben. Das Mehrparteiensystem der DDR war mehr als lediglich ein »Feigenblatt«.

Die Blockparteien übernahmen mit der DDR-Gründung Regierungsverantwortung. In ihren Reihen betätigten sich einige hunderttausend DDR-Bürger aktiv politisch. Sie verantworteten das Positive und das Negative in der Tätigkeit der Regierung, in Städten und Gemeinden mit. In Interessenvertretung des Mittelstands, der Intelligenz und Bauernschaft brachten sie auch Konstruktives in die Regierungsarbeit ein und nahmen im Interesse der Bürger der Politik der SED manche Ecke und Kante. Hatte die antifaschistische Umwälzung Bewegungen von Massen zur Grundlage, wie das wohl am ausgeprägtesten bei der Bodenreform festzustellen ist, so spielte nach der Gründung der DDR das Problem einer »Revolution von oben« eine größere Rolle. Als führende Kraft dieser »Revolution von oben« verstand sich die SED. Je mehr sich diese Partei als »Partei neuen Typs« formierte, um so mehr bediente sie sich des Zentralismus, der demokratische Willensbildung in nicht die Machtfrage berührende Bereiche kanalisierte und letztlich sogar innerhalb der Parteivertikale völlig blockierte. So gelangte die *Parteiführung zur Herrschaft*, während von der *führenden Rolle der SED* gesprochen wurde. In einer längeren Entwicklung formte sich der Parteiapparat zu einer Art »Überstaat«, der von sich aus die völlige Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche anstrebte. Das *faktische Machtzentrum* bildete gemäß dem sowjetischen Herrschaftsmodell das *Politbüro*.

Die Massenorganisationen galten zeitweilig wie während des Kriegskommunismus in Sowjetrußland als »Transmissionsriemen«. Dieses Prinzip sollte und konnte nie vollständig durchgesetzt werden. Vor allem der Kulturbund verkörperte in sich immer auch ein Potential freien wissenschaftlichen Denkens und Diskutierens. Er widerstand den Forderungen von Parteifunktionären nach einer Auflösung, die von Vertretern der SED-Führung Anfang der 50er Jahre auch deshalb angestrebt wurde, weil der Kulturbund in der UdSSR kein Pendant hatte.

In dem entstehenden politischen System der DDR hatte von Anfang an der Sicherheitsapparat den Auftrag, die entstehende Herrschaftsstruktur zu schützen. Jedoch entwickelte sich dieser Bereich erst in den 70er und 80er Jahren zum »Staat im Staate«.⁴ Ebenso war die SED bemüht, sich die Gesellschaftswissenschaften unterzuordnen, was ihr an den Akademien und Universitäten nie vollständig gelang. Offenbar deshalb wurde seit Ende der 40er Jahre ein überdimensionaler Bereich von Parteiinstituten geschaffen. Die Parteihochschule »Karl Marx« profilierte sich frühzeitig als eine Art Linienrichter zur Absicherung der dogmatischen Variante des Marxismus-Leninismus und enger Interpretation der jeweils aktuellen ideologischen Schwerpunkte. Dort, wo die SED ihre Steuerung von oben nicht durchsetzen konnte, löste sie einfach auf (1948 Betriebsräte, 1953 VVN). Die Kirchen repräsentierten den einzigen Mechanismus, der außerhalb des direkten Einflüßbereiches der SED lag.

Die Konstituierung des politischen Systems der DDR vernachlässigte, wie spätestens seit den Listenwahlen im Oktober 1950 offenbar wurde, die Demokratie als Zivilisationserrungenschaft der Menschheitsgeschichte. Am Beginn der 50er Jahre baute die SED ihr Machtmonopol im politischen System der DDR nach sowjetischem Vorbild weiter aus. Sie sah die Ausübung von Macht als Hauptzweck an. Es ging ihr darum, ein *vorgegebenes Gesellschaftsmodell* zu realisieren. Das Hauptziel bestand darin, neue soziale Verhältnisse durch massive Erziehung zu schaffen (DDR »neuer Mensch«, UdSSR »Sowjetmensch«) und verstaatlichtem Eigentum sowie dirigistischer Planwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Einen besonderen Stellenwert besaß die Ideologie, die als Allheilmittel für alles und jede Situation herzuhalten hatte und die ein Wahrheitsmonopol beanspruchte. Das sowjetische Sozialismus-Bild stellte nicht den Bürger in den Mittelpunkt. Es überbewertete die *Rolle des Kollektivs*. Subjektives und Individuelles wurden verachtet.

4 Siehe Christina Wilkening: Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Berlin 1990.

Agentenhysterie und Repressionen

Unter dem Einfluß des kalten Krieges setzte sich in der SED ein verbissenes Disziplin-Verständnis durch. Die Zuspitzung im Verhältnis von UdSSR und USA, von Antiimperialismus und Antisowjetismus parallel zum Korea-Krieg beförderte in vielen Ländern eine latente Agentenhysterie. In den USA hatten der Senator McCarthy und sein Senatsausschuß zur Überprüfung »unamerikanischer Tätigkeit« Hochkonjunktur. In der Bundesrepublik wurde 1951 Anklage gegen die KPD mit dem Ziel des Verbots erhoben, und Werke von Bertolt Brecht kamen auf den Index. Stalin übte immer wieder Druck auf die verbündeten Parteien aus, sich mit Sympathisanten Titos und Vertretern der West-Emigration auseinanderzusetzen. In Kampagnen erfolgte der »Kampf« gegen »Formalismus«, »Kosmopolitismus« und »Zionismus«. Angeprangert wurden »Abweichler«, »Gesindel wie Trotzlisten, Freimaurer und Verräter« und »amerikanische Agenten«. 1949 fanden Prozesse gegen Laszlo Rayk (Ungarn) und Traitschko Kostoff (Bulgarien) statt. 1952 wurde Rudolf Slansky, ehemaliger Generalsekretär der KPC, verurteilt. In all den genannten Fällen wurde eine Kooperation mit dem USA-Geheimdienst behauptet. Es ergingen gegen die genannten Parteifunktionäre und zahlreiche ihrer Mitstreiter Todesurteile und langjährige Haftstrafen. Nach Stalins Tod wurden sie rehabilitiert. Auch die SED leitete in ihren Reihen Repressionen ein. Von 1948 bis 1952 sank infolge härterer Aufnahme-Prozeduren, von Parteiaustritten und Mitgliederüberprüfungen («Säuberungen») die Zahl der SED-Mitglieder von zwei auf 1,2 Millionen. Gegen Politbüro-Mitglieder und leitende Parteifunktionäre wie Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldammer, Willy Kreikemeier, Lex Ende und Maria Weiterer wurden Parteiverfahren durchgeführt. Einige der Ausgeschlossenen wurden auch inhaftiert. In zwei Fällen wurde an Schauprozesse gedacht; eine Vorstellung, die jedoch nach Stalins Tod fallen gelassen wurde. Vorgeworfen wurde den Genannten die Bekanntschaft mit Noel H. Field, der während des Krieges in Frankreich und in der Schweiz im Auftrag einer christlichen amerikanischen Flüchtlingshilfsorganisation gearbeitet hatte und dem Arbeit für den Geheimdienst

der USA nachgesagt wurde. In das Räderwerk der Repression gerieten vor allem auch viele der SED-Mitglieder, die bis 1946 Mitglieder der SPD gewesen oder die nicht in die SED eingetreten waren. Etwa 5000 Sozialdemokraten wurden von deutschen und sowjetischen Gerichten verurteilt, von denen 400 in der Haft starben. Die von Stalin in den 20er Jahren entwickelte These vom »Sozialfaschismus« hatte also noch Anfang der 50er Jahre verhängnisvolle Folgen. Ebenso schädlich wirkte sich seine These von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes aus. Im Auftrag der SED verurteilten Gerichte Bürger wegen politischer Lappalien zu hohen Gefängnisstrafen. Allein 1953 mußten 18700 ungerechtfertigt ergangene Urteile revidiert werden.

Typisch für das, was bedeutungsvoll *Strategie und Taktik der Partei* genannt wurde, war das überhastete Setzen von immer neuen Reifestufen und das Stellen von Aufgaben, die nicht mehr mit dem Inhalt der gerade in Kraft gesetzten Verfassung in Übereinstimmung gebracht werden konnten. So führte die SED ohne demokratische Vorbereitung an der Parteibasis und ohne vorherige Erörterung in den Medien im Juli 1952 die 2. Parteikonferenz durch, die den überraschenden Beschluß faßte, in der DDR *die Grundlagen des Sozialismus planmäßig aufzubauen*. Für die Öffentlichkeit und die Parteimitglieder kam die Mitteilung wie der Blitz aus heiterem Himmel. In die Vorbereitung dieses Beschlusses war nicht einmal das ganze Politbüro einbezogen worden. Die Vorentscheidungen fielen in Abstimmungen von Walter Ulbricht mit der Sowjetischen Kontrollkommission. In der Frage, ob es möglich sei, den Sozialismus in einem Teil eines ehemals einheitlichen bürgerlichen Nationalstaats mit nur etwa einem Fünftel der Bevölkerung aufzubauen, zu einem so frühen Zeitpunkt, eine positive Antwort zu geben, war höchst problematisch. Die Zerreißung der historisch gewachsenen Länderstruktur mit der bald nach der Parteikonferenz erfolgenden Bezirksbildung diente dem *zentralen Kommandosystem gemäß dem »Demokratischen Zentralismus«*.

Kurzfristig erfolgreich, langfristig Sackgasse

Die Ostdeutschen machten ihre Geschichte nach dem Ausbruch des kalten Krieges keineswegs frei von äußeren Zwängen. Im Westen war die unumstößliche Entscheidung gefallen, »Ostdeutschland an die UdSSR zur Befriedigung ihrer Reparationsansprüche« zuzuweisen und die »Westzonen aus den Wiedergutmachungsverpflichtungen« weitgehend auszuklinken.⁵ Die politische Klasse warf Ballast ab, um möglichst schnell wieder mit dem »Kernland« Bundesrepublik an Höhe gewinnen zu können. Die Verelendung der Ostdeutschen wurde einkalkuliert, weil nur unter dieser Voraussetzung auf die »Sogwirkung« des prosperierenden Weststaates gesetzt werden konnte. Dies erschwerte natürlich den Wiederaufbau Ostdeutschlands außerordentlich. Hinzu kam die Embargo-Politik, die die ostdeutsche Wirtschaft wiederholt an den Rand eines Kollaps' zwang. Der Spielraum, die sozialistische Alternative basierend auf deutschen Gegebenheiten zu gestalten, war deshalb außerordentlich gering. So setzte sich in Ostdeutschland das sowjetische Modell grundsätzlich und in vielen Details durch. Erst 1968/1974 wurde die führende Rolle der SED in der Verfassung verankert.

Die DDR sammelte mit dem sowjetischen Modell keineswegs nur negative Erfahrungen. Die »Partei neuen Typs« war in der Lage, ihre Entscheidungen schnell zu fassen. Der Staat war in vielen Fällen gerade auch in den harten Auseinandersetzungen des kalten Krieges zu raschem und effizientem Handeln in der Lage. In den 50er und 60er Jahren wurden beachtliche Aufbau-Leistungen vollbracht. Die DDR war in den 60er Jahren zu effizienten ökonomischen Reformen fähig, jedoch nicht zu politischen. Dies ging nicht unter Bedingungen der führenden Rolle einer Partei neuen Typs, die der Logik der geschichtlichen Entwicklung gemäß nach der Übergangsperiode hätte aufgegeben werden müssen. Vergeblich forderte Robert Havemann 1963/1964 den »zweiten Schritt« der Revolution ein: »Das bedeutet, daß der längst fällige zweite Schritt der Revolution getan werden muß, durch den nach der im ersten Schritt erreichten Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nun

5 Günter Benser: Die DDR – eine deutsche Möglichkeit? Zur Legitimation des zweiten deutschen Weges. Potsdam 1992. S. 19.

der Übergang zur sozialistischen Demokratie vollzogen wird.«⁶ Schließlich wurde Anfang der 70er Jahre die DDR weltweit völkerrechtlich anerkannt.

Andererseits zeigen die Krisen in der Geschichte der DDR, vor allem ihre finale Krise 1989/1990, daß ihrem Gesellschaftssystem genetische Schäden anhafteten. Die Prinzipien einer Partei neuen Typs bedeuteten letztlich eine unüberwindbare Barriere für die gesellschaftliche Weiterentwicklung zu einer »civil society«. Die SED gab ihre führende Rolle ganz unspektakulär in den Wochen der »Sprachlosigkeit« 1989 auf, noch bevor diese aus der Verfassung gestrichen wurde. Klarer konnte nicht demonstriert werden, daß ein falsches Prinzip in die Sackgasse geführt hatte. So vermochte die SED nicht, den Trends der Epoche zu folgen.⁷ Mangelnde innerparteiliche Demokratie und Kontrolle der Führung durch die Basis hatten die längst fälligen Erneuerungen an der Spitze verhindert, solange, bis diese regelrecht abfaulte.

6 Robert Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie. München, Zürich 1980. S. 231.

7 Siehe Klaus Tenfelde: 1914 bis 1990. Die Einheit der Epoche. In: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen. München 1991. S. 79f.

Der 17. Juni 1953
Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den
Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich

von **Dieter Schulz**

Die widerspruchsvolle, in vielen Fragen außergewöhnlich öffentlichkeitswirksame und politikrelevante Geschichte der untergegangenen DDR bietet weiterhin Anlaß zur Diskussion. Der Historiker A. Baring meinte in einem Interview, nirgendwo habe eine Führung mit vergleichbarem Anspruch weniger geleistet als in der DDR. Daher, und vor allem weil die DDR nichts Bleibendes hinterlassen habe, keine Institution, keinen Kodex, kein Kunstwerk von Weltgeltung, werde die Bedeutung der DDR-Geschichte immer mehr schrumpfen und die DDR später keine Rolle mehr spielen.¹

Dieser Meinung mag man zustimmen, soweit es die materielle Hinterlassenschaft der DDR betrifft. Sie berücksichtigt jedoch nicht, daß die DDR auch 40 Jahre Erfahrungen in gescheiterten sozialen Experimenten, Unterdrückung und leidenschaftlichem Aufbegehren hinterließ.² Keine scharfsinnigen Analysen und geschliffenen theoretischen Argumente vermochten den »Marxismus/Leninismus« so wirkungsvoll zu widerlegen, wie die Ergebnisse des realsozialistischen Voluntarismus und die gelebten Erfahrungen der Menschen. Davon vermochte die Demokratie in der Bundesrepublik immer wieder zu profitieren, die sozialökonomischen Irrwege und politischen Entartungen in der DDR waren stets die besten

1 Siehe das Interview mit Arnulf Baring in der am 11. November 1992 gesendeten SAT1-Dokumentation »Honecker – eine Abrechnung«.

2 Siehe Wolfgang Thierse: Gegen die Abwicklung unserer Geschichte. In: Die Abwicklung der DDR. Göttingen 1992. S. 10.

Verbündeten der Bundesregierung im Kampf gegen linkstotalitäre Bestrebungen im Westen Deutschlands. »Auch nach der Gründung der beiden deutschen Staaten«, formulierte Richard von Weizsäcker, »blieb jeder ein Teil des anderen. Unaufhörlich hat es Wechselwirkungen gegeben, die das Verhalten der Menschen beeinflußt haben.«³ Das gilt ganz gewiß für die Lage in Deutschland am Beginn der 50er Jahre und den 17. Juni 1953, den Hermann Weber völlig zu Recht angesichts der wenigen revolutionären Erhebungen gegen Unterdrückung in Deutschland als »Markstein unserer freiheitlichen Tradition«⁴ bezeichnete.

Die mannigfaltigen Ursachen für den 17. Juni 1953 sind nicht nur im unmittelbaren Vorfeld, in diesen oder jenen SED-Fehlentscheidungen der vorangegangenen Wochen und Monate zu sehen, sondern entwickelten sich im Ergebnis gravierender politischer und gesellschaftlicher Strukturveränderungen in der SBZ/DDR sowie im Rahmen der internationalen Konfrontation der Großmächte. Dabei spielte der Beginn der 50er Jahre eine besondere Rolle. Die SED ging in Abstimmung mit der UdSSR hinter dem Rücken der DDR-Bürger und selbst ihrer eigenen Mitglieder in einem undurchsichtigen Zick-Zack-Kurs zum sogenannten »Sozialismus«, d.h. endgültig zum sowjetischen Gesellschaftsmodell über.⁵ Auf der internationalen Ebene wurde mit der Stalinnote vom 10. März 1952 die für lange Zeit letzte Chance für neue Weichenstellungen in der Deutschlandpolitik nicht durch Verhandlungen ausgelotet und vergeben.

Die Ablehnung des sowjetischen Verhandlungsangebotes durch die Westmächte und die Bundesregierung bedeutete eine tiefe Zäsur für die DDR. In der sowjetischen Führungsspitze zeigte sich ein Umdenken. Stalin zog 1952 düstere Parallelen zur Entwicklung Deutschlands zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg und richtete sich darauf

3 Richard von Weizsäcker: Ist das Ende der Utopie das Ziel der Geschichte? In: »Die Welt« vom 14. Dezember 1991. S. 17.

4 Hermann Weber: Ulbricht sollte schon gehen. Der Aufstand am 17. Juni 1953. In: Aufbau und Fall einer Diktatur. Köln 1991. S. 50.

5 Siehe Wilfriede Otto: Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks. In: BzG 33(1991)3 (im folgenden Otto). S. 378.

ein, daß möglicherweise ein neuer Krieg drohte.⁶ Die dauerhafte Integration der DDR in den sowjetischen Machtbereich begann daher mit einer von Stalin verordneten forcierten Aufrüstung.⁷

Die Stalinnote hätte bei ihrer Realisierung die Preisgabe der DDR und die Entmachtung der SED bedeutet. Die SED-Spitze, die vorher nicht informiert worden war⁸, mußte wegen der Bereitschaft Stalins, zugunsten eigener Sicherheitsinteressen die Macht der SED zu opfern, verunsichert, ja schockiert sein.

Gleichzeitig teilte sie uneingeschränkt das »worst-case-Denken« und die Bedrohungstheorie der sowjetischen Führung. Die NATO steigerte am Beginn der 50er Jahre ihre Rüstungsanstrengungen außerordentlich. Jede Woche stellte sie in Westeuropa einen neuen Flugplatz fertig. Die USA stationierten ihre neuentwickelten Atomgeschütze M-85, für die es auf östlicher Seite kein Pendant gab, ab 1953 in Europa.⁹

Besonders mißtrauisch hatte die SED die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Sicherheitspolitik verfolgt. W. Ulbricht bezeichnete den Beitritt der Bundesrepublik zur EVG als Wendepunkt der Entwicklung und als Kriegsvorbereitung.¹⁰ Wenig später sagte W. Pieck in einer Rundfunkansprache an die Deutschen in Ost und West: »Erinnert Euch, meine lieben Landsleute, an die Situation vor zwanzig Jahren. 1932 warnte unser unvergeßlicher Ernst Thälmann das deutsche Volk vor der Politik Hitlers mit den Worten ›Hitler, das ist der Krieg!‹ Jeder Deutsche weiß, wie recht Ernst Thälmann hatte. Heute sage ich Euch mit aller Verantwortlichkeit: Der Bonner Separatvertrag führt zum Krieg, führt zur Vernichtung all dessen, was uns lieb und teuer ist, zur Zerstörung unserer Heimat, zum Tod unserer Frauen und Kinder.«¹¹

6 Siehe Jossif Wissarionowitsch Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. In: »Neue Welt« (1952)22. S. 2578.

7 Siehe Otto. S. 389.

8 Siehe ebenda. S. 384.

9 Siehe Lothar Schröder: Zwischen Wirklichkeit und Klischee – Bedrohungsvorstellungen in der DDR-Führung in den 50er Jahren. In: BzG 34(1992)1. S. 12.

10 Siehe Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1952. S. 20ff. – Dieter Schulz: Der Weg in die Krise 1953. Berlin 1993. S. 11f. (Hefte zur DDR-Geschichte 6).

11 Rundfunkansprache des Präsidenten Wilhelm Pieck an das deutsche Volk. In: »Die

In weiteren Untersuchungen über die Zuspitzung der innenpolitischen Lage im Machtbereich der SED 1952/1953 müssen künftig Auswirkungen des kalten Krieges zwischen den Großmächten und zwischen beiden deutschen Staaten stärker berücksichtigt werden. In Deutschland standen sich zwei Staaten als erbitterte Rivalen gegenüber, die einander die Existenzberechtigung bestritten. Sie verfolgten antagonistische Wiedervereinigungskonzepte und bekämpften sich mit den Mitteln des kalten Krieges.¹² Das Denken der SED-Führung ist überhaupt nur im Kontext der deutsch-deutschen Auseinandersetzung voll zu verstehen. Viele ihrer politischen Pläne und Maßnahmen kamen ausschließlich als Reaktion auf eingebildete oder tatsächliche existentielle Herausforderungen seitens der Bundesregierung zustande. Das ist ein Bereich, wo es noch viel aufzuklären und zu erforschen gibt. Ein umfassendes Bild über die dramatische politische Entwicklung 1952/1953 läßt sich nicht ohne weitere Auswertung aller relevanten Quellen, darunter auch der in den alten Bundesländern bisher unzugänglichen, nicht »ohne Anstrengung um die schwierige Wahrheit über das, was hinter uns liegt«¹³ gewinnen.

Die angenommene Kriegsgefahr und die ernüchternden Erfahrungen im Zusammenhang mit der Stalinnote empfanden Ulbricht und seine Führungsmannschaft als bedrohliche Perspektive für die weitere Existenz der DDR und die Herrschaft der SED. Das mußte zum Nachdenken darüber führen, wie die Gefährdung erreichter Machtpositionen, aus welcher Richtung auch immer, auszuschalten war.

Dreh- und Angelpunkt neuer Überlegungen zur Herrschaftssicherung wurde mehr als je zuvor die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Vorbild der DDR, in der die SED die Lösung aller Probleme sah. Als Kern dieser politischen Linie betrachtete sie den ökonomischen Wettbewerb zwischen beiden deutschen Staaten. Bei mehreren Gelegenheiten unterstrich Ulbricht, daß der Fünfjahrplan nicht etwa nur auf eine schnelle

Frau von heute«. (1952)37. S. 3f.

12 Siehe Dieter Schulz: Der Weg in die Krise 1953. Berlin 1993. S. 6ff. (Hefte zur DDR-Geschichte 6).

13 Richard von Weizsäcker: Ist das Ende der Utopie das Ziel der Geschichte? In: »Die Welt« vom 14. Dezember 1991. S. 17.

Entwicklung der DDR und auf diese oder jene Verbesserung des Lebensstandards abzielte, sondern auf ein Überholen der westlichen Länder und der Bundesrepublik.¹⁴

Die DDR war allerdings in ihrer Überholstrategie selbst nach den Erkenntnissen der SED im Rückstand. Die Zuwachsraten gingen 1951/1952 zurück, und die Pläne wurden zunehmend schlechter erfüllt.¹⁵ Das SED-Politbüro beschloß angesichts dieser Lage den Versuch einer willkürlichen Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, bei der unter äußerster Anspannung aller Kräfte der ganzen Gesellschaft neue Reserven erschlossen werden sollten.

Auf der zum 9. Juli 1952 einberufenen 2. Parteikonferenz der SED drapierte Ulbricht die voluntaristische Kursänderung mit der Losung vom Aufbau des Sozialismus in der DDR. Alle entscheidenden Schritte waren in Abstimmung mit der KPdSU und der SKK vorbereitet worden. Neue Forschungen zeigen, daß die Führung in der DDR zwar in grundlegenden Fragen nur einen begrenzten Spielraum hatte, insgesamt jedoch allen Einschätzungen und Vorgaben aus Moskau ohne erkennbare Ausnahme folgte. Die »Empfehlungen« waren überwiegend identisch mit den politischen Vorstellungen der SED-Führung.¹⁶ Besonders Ulbricht verwirklichte in der zunehmenden Administration und Zwangsmobilisierung der Menschen seine eigenen politischen Ambitionen, von denen er sich selbst nach Kritik aus Moskau und in der Politik des neuen Kurses nur schwer zu trennen vermochte.¹⁷ Die Verantwortung für die abenteuerliche Politik von 1952/1953 über die Köpfe der Bürger hinweg trug das SED-Politbüro.

14 Siehe Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1952. S. 56. – Einige Fragen der Durchführung des Fünfjahresplanes. In: »Die Arbeit« (1951)1. S. 6.

15 Berichte der Staatlichen Plankommission über die Planerfüllung. In: »Neues Deutschland«. A-Ausgabe (im folgenden ND) vom 16. Februar 1951. S.1; 29. April 1951. S.1; 27. Juli 1951. S.1; 27. Oktober 1951. S.1; 21. Februar 1952. S.1 und 30. April 1952. S.1.

16 Siehe Otto. S. 374 ff.; Rolf Stöckigt: Direktiven aus Moskau. In: Krisen, Brüche, Wendepunkte. Berlin, Leipzig und Jena 1990. S. 81ff.

17 Siehe Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Hamburg 1990. S. 58 und 78.

Neben der Schaffung von eigenen Streitkräften sowie der Auflösung der Ländergliederung und der Schaffung von Bezirken in der DDR für einen noch direkteren zentralen Zugriff der SED auf jedwede Entscheidung wurde auf der 2. Parteikonferenz eine Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung beschlossen. Große Investitionsvorhaben, besonders der Schwerindustrie, sollten vorgezogen und die Kollektivierung der Landwirtschaft realisiert werden.¹⁸ Der ohnehin überzogene Fünfjahrplan sollte schon in vier Jahren erfüllt werden.¹⁹

In diesen realitätsfernen Zielstellungen ließ sich die SED weder durch die schlechten wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, noch durch die ungeheuren Belastungen auf Grund der gesellschaftlichen Umwälzungen und Reparationen beirren. Die SED-Spitze meinte mit dem dogmatisch entstellten Marxismus/Leninismus über eine wissenschaftliche Gesellschaftsstrategie zu verfügen, die es erlaube, objektive Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen und zu beherrschen. Sie erwartete, entsprechend der marxistisch/leninistischen Lehre über die gesetzmäßige Abfolge von Gesellschaftsformationen in der menschlichen Geschichte werde sich die Ablösung des »Kapitalismus« durch den »Sozialismus« unabhängig vom Willen Einzelner oder von Parteien und Regierungen mit ähnlich elementarer Wucht vollziehen wie die Überwindung feudaler Produktions- und Lebensformen durch die industrielle Revolution. Es handelte sich in ihrem ideologischen Selbstverständnis nicht darum, *ob* die DDR den Systemwettbewerb für sich entscheiden werde, sondern nur darum, in welchem Zeitraum.

Die mit der 2. Parteikonferenz der SED eingeleiteten Veränderungen hatten einschneidende Auswirkungen für die Entwicklung der DDR. Schon 1952 hatte der Staatshaushalt mit einem Defizit von 700 Mio Mark

18 Siehe Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1952. S. 78f; Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage und zu den neuen Aufgaben im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. In: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1952. S. 492f.

19 Siehe R. Bayer: Das nationale Aufbauprogramm Berlin 1952 – Symbol des nationalen Befreiungskampfes. In: »Die Weltgewerkschaftsbewegung« (1952) 19. S. 25.

abgeschlossen. Die DDR war im Außenhandel mit ihren Verbündeten mit 660 Mio Mark in Rückstand geraten.²⁰ Die neuen Aufgaben, besonders die Schaffung der KVP, vorgezogene Investitionen und die Förderung der LPG erforderten für 1953 noch einmal außerplanmäßige Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. Mark. Das bedeutete bei der damals noch geringen Akkumulation, die 1952 erst rund 3,4 Mrd. Mark betragen hatte, von einem Jahr zum anderen eine Steigerung um 44 Prozent. Nach einem Plan der Regierung sollten diese zusätzlichen Mittel durch ein erhöhtes Steueraufkommen, darunter auch durch die Einforderung von Steuerschulden, durch eine zehnpromtente Stellenplankürzung in der volkseigenen Wirtschaft, im Staatsapparat und im Handel, durch Preiserhöhungen, Kürzungen von Sozialleistungen und Ausgabenkürzungen für Kultur, Massenorganisationen und Kirchen aufgebracht werden.²¹

Rigoros zog die Regierung z. T. seit Jahren bestehende Steuer- und Abgabenrückstände von Handwerkern und Gewerbetreibenden, Bauern und privaten Einzelhändlern ein und verringerte die für sie zur Verfügung gestellten Kredite. Das traf in erster Linie den wirtschaftsschwachen, nicht selten erst durch staatliche Maßnahmen zur Einschränkung der Privatwirtschaft in Schwierigkeiten geratenen Teil der Selbständigen. Wer den Forderungen nicht nachkommen konnte oder dadurch bestimmte wirtschaftliche Mindestanforderungen nicht mehr erfüllte, verlor seine soziale Existenz. Viele Betroffene warteten Zwangsmaßnahmen nicht ab, sondern verließen die DDR. So wurden bis Mai 1953 viele tausende von Gewerbe- und Bewirtschaftungsgenehmigungen entzogen, z.B. übernahm der Staat allein 22.773 Bauernhöfe, vor allem großbäuerliche Wirtschaften.²²

Andere Sparmaßnahmen, so der im April 1953 angeordnete Entzug von Lebensmittelkarten für Selbstständige, Preiserhöhungen für Marmelade, Süß- und Backwaren, die Abschaffung von Fahrpreisermäßigungen der Eisenbahn für Schüler, Lehrlinge, Schwerbeschädigte und Arbeiter oder

20 Otto. S. 381.

21 Siehe Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf der 1. Konferenz der Staatsfunktionäre in der Volkskammer am 26. November 1952. Berlin 1952. S. 30ff.

22 Dieter Schulz: Ruhe im Dorf? In: Krisen, Brüche, Wendepunkte. Berlin, Leipzig und Jena 1990. S. 106.

die Leistungskürzungen der Sozialversicherung schmälerten den Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise. Die Unterzeichnung des EVG-Vertrages durch Adenauer am 27. Mai 1952 diente als Anlaß, die Westgrenze zu schließen und dort ein strenges Grenzregime einzuführen. Dabei wurde eine große Zahl politisch mißliebiger Bürger ohne Begründung und Einspruchsrecht praktisch über Nacht aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt und zum Teil enteignet. Unter Berufung auf eine aggressive und feindselige Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR wurde der Besucherverkehr in die Bundesrepublik faktisch abgeschnitten.

Im Verlauf der Bemühungen, wirtschaftliche Unzulänglichkeiten durch bürokratische Zwangssparmaßnahmen zu überwinden, wurde selbst das Strafrecht rücksichtslos eingesetzt. Besonders auf der Grundlage des im Oktober 1952 beschlossenen Gesetzes zum Schutz des Volkseigentums verhängten Gerichte oftmals drakonische Strafen. Diebstahl oder Zerstörung von »Volkseigentum« wurden, vor allem bei gemeinschaftlichem Handeln, als Anschlag auf die »sozialistische Gesellschaft« gewertet und schon bei kleinsten Delikten mit der Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsentzug geahndet. Gerichte verurteilten beispielsweise eine Frau, die in einer besonderen Notlage vier Scheite Holz aus dem staatlichen Wald entwendet hatte, in Anwendung des genannten Gesetzes zu einem Jahr Zuchthaus und einen Hilfsschlosser, der ein Paar Schweißhandschuhe, 2 Taschenlampen, ein Metallbandmaß und eine Richtschnur aus seinem Betrieb mitgenommen hatte, zu vier Jahren Zuchthaus.²³ Etwa 8.800 Menschen, die wegen unbedeutender Steuer- und Ablieferungsschulden und geringfügiger Verstöße gegen das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums inhaftiert worden waren, wurden nach dem 17. Juni 1953 entlassen bzw. von der Strafverfolgung befreit.²⁴

23 Siehe Richtlinie des Plenums des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik für die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums vom 2. Oktober 1952. In: Entscheidungen des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik in Strafsachen. Bd 3. Berlin 1954. S. 12ff; Zur Frage der Strafzumessung bei Verbrechen gegen das VeSchG. In: Entscheidungen des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik in Strafsachen. Bd 3. Berlin 1954. S. 74.

24 Siehe Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 29. Juli 1953. In: Dokumentation der Zeit (1953)53. Spalte 2994ff.

In besonderem Maße richteten sich Administration und Kommandomethoden auf die Wirtschaft. In der Landwirtschaft wurden Erfassungs- und Aufkaufpläne stark erhöht. Die Planaufgaben der Landwirtschaft für 1952 und 1953 überstiegen die Leistungskraft der Bauern und wurden nicht erfüllt. Die Erfassungs- und Aufkauforgane suchten zunehmend Ablieferungsrückstände mit Zwangsmaßnahmen aufzuholen. In der Erwartung, daß der Zusammenschluß der Bauern in LPG zu einer sofortigen Produktionssteigerung führen würde, kam es unter Druck und Zwangsmaßnahmen zu einer Forcierung der LPG-Gründungen.²⁵

In der Industrie sollten die Planziele überboten werden. Die Überwindung der vielfältigen Mängel im Produktionsprozeß strebte die SED in Gestalt von Kampfstäben und der Einrichtung von immer neuen Sonderkontrollen zur Sicherung der Material-, Energie-, Brennstoffeinsparung usw. an. Als Hauptmethode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität galten nicht neue Technik und Technologie, sondern die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung.²⁶ Das bedeutete, daß die Leistungssteigerung in erster Linie durch eine bessere Nutzung der Arbeitszeit und körperliche Mehrleistung angestrebt wurde. So verarbeitete z.B. ein Akkordmaurer im kapitalistischen Deutschland während einer Schicht von acht Stunden 1000 bis 1.200 Steine. Bei Baubeginn in der Berliner Stalinallee, heute Karl-Marx-Allee, betrug die beste Leistung 1951 bereits 2.000 bis 2.500 Steine, und im Sommer 1952 lag der Rekord bei 8.400 Steinen. Zwar hatten zu dieser Leistungssteigerung technische Verbesserungen wie Aufzüge, Krane und Mörtelwerke beigetragen, doch die Arbeit des Maurers war entschieden schwerer geworden. Er verarbeitete nach gründlichen Arbeitsstudien zur Optimierung jedes Handgriffes mit Mörtelschaufel anstelle der Maurerkelle, mit Eck-, Tür- und Fensterlehren anstelle von Lot und Wasserwaage in fließbandähnlicher Schwerarbeit ein Vielfaches an Steinen und Mörtel im Vergleich zum früheren Akkord.²⁷

25 Siehe Dieter Schulz: Ruhe im Dorf? In: Krisen, Brüche, Wendepunkte. Berlin, Leipzig und Jena 1990. S. 106ff.

26 Siehe Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1952. S. 93.

27 Siehe R. Bayer: Das nationale Aufbauprogramm Berlin 1952 – Symbol des nationalen Befreiungskampfes. In: »Die Weltgewerkschaftsbewegung« (1952)19. S. 29.

Unter der Wirkung der stalinschen These von einer gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus werten Staatsorgane Einwände und Proteste, ja selbst Reserviertheit und Distanz gegenüber der administrativ überspitzten Politik schnell als Widerstand und gegnerische Einstellung. So kam es im Zusammenhang mit einer angestrebten Senkung des Krankenstandes zu umfangreichen Überprüfungen von ärztlichen Arbeitsbefreiungen durch Kommissionen. Das Volksbildungsministerium examinierte und überprüfte tausende von Lehrern und veranlaßte einige hundert Entlassungen. Auch die Kirche, der vorgeworfen wurde, sie biete reaktionären Kräften einen religiösen Deckmantel, mußte Einschränkungen und Sanktionen hinnehmen. Sie durfte vom 1. Januar 1953 an in Schulgebäuden keinen Religionsunterricht mehr durchführen, was ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht war, und verlor durch Beschlagnahme kirchliche Einrichtungen und Anstalten. Mitglieder der Jungen Gemeinde und der Evangelischen Studentengemeinde wurden von Oberschulen und Universitäten verwiesen, Lehrkräfte, die sie unterstützten, entlassen.²⁸

All diese ohne Mitwirkung der Bevölkerung getroffenen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen ließen Vertrauen und Loyalität, wo noch vorhanden, rasch schwinden. Die meisten Bürger empfanden die neue Politik als schwerwiegenden Vertrauensbruch. Hatten führende Politiker immer wieder, u. a. zu den Volkskammerwahlen im Oktober 1950, definitiv erklärt, in der DDR hätten private Unternehmer eine gute Perspektive, eine Kollektivierung der Landwirtschaft sei nicht vorgesehen, so erlebten die Menschen nunmehr faktisch eine Enteignungswelle, verbunden mit einer forcierten Vergenossenschaftlichung der Bauern. Den Erklärungen der DDR-Führung zur Einheit Deutschlands und zur Verhinderung einer Remilitarisierung standen in der Praxis nicht nur eine verschärfte Abgrenzung zur Bundesrepublik, sondern auch eine beinahe völlige Unterbindung jeglicher Besuchs- und Begegnungsmöglichkeit sowie die Aufstellung von Streitkräften gegenüber.

28 Siehe P. Peschke: 156 Millionen verlorene Arbeitsstunden. In: ND vom 2. November 1952. S. 3; Für eine schnelle Vorwärtsentwicklung im Gesundheitswesen. In: ND vom 3. Januar 1953. S. 5; Erzieht aufrechte und standhafte Patrioten. In: Otto Grotewohl: Im Kampf um die einigige Deutsche Demokratische Republik. Bd. 3. Berlin 1954. S. 371;

Derart radikale Veränderungen hätten einer breiten Aussprache in der gesamten Bevölkerung und einer demokratischen Legitimation bedurft, für die jedoch keine Erfolgsaussicht bestand. Daher vollzogen sie sich von oben herab, flankiert durch autoritäre politische Erklärungen, wonach auf Grund der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung »das, was gestern richtig war, heute bereits überholt und unrichtig ist«, wie Ulbricht auf der 10. Tagung des ZK der SED im November 1952 formuliert hatte.²⁹

Der rigorose Sparkurs der Regierung, Administration und Bürokratie sowie unerträglicher ideologischer Druck lasteten schwer auf den Bürgern. Schon seit Herbst hatte sich außerdem die Versorgungslage verschlechtert. Es mehrten sich Stromabschaltungen, Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Lebensmitteln wie Gemüse, Margarine, Butter, Fleisch und Zucker. So konnte trotz Rückgriffs auf die Staatsreserve und des Sondereinsatzes von 15 Ministern und Staatssekretären an der Spitze spezieller Erfassungsbrigaden auf dem Lande der Butterverkauf in HO-Geschäften nicht aufrechterhalten werden. Diese Versorgungsschwierigkeiten zogen sich bis Juni 1953 hin.³⁰

In der Absicht, die Wirksamkeit ihrer dogmatischen Ideologie zu verstärken, überzog die SED die Menschen mit einer nie dagewesenen Flut von Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen, Komitees, Ausschüssen und Kampfplänen. Allein in Berlin fanden 1952/53 mindestens acht Großkundgebungen statt, die nach Pressemitteilungen ca. drei Millionen Teilnehmer hatten.³¹

Dazu kam ein immer weiter ausufernder Personenkult, der sich von Stalin, Marx, Engels und Lenin auf Politbüromitglieder der SED ausdehnte. So war am 3. August 1951 das monumentale Stalindenkmal in der Berliner Stalinallee enthüllt worden. Am 21. Dezember 1951, dem

Besprechung von Vertretern des Ministerrates mit Vertretern der Evangelischen Kirche. In: Dokumentation der Zeit (1957)48. Spalte 2530f.

29 Walter Ulbricht: Lehren des XIX. Parteitagess der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1952. S. 54.

30 Siehe Über einige Fragen der Ernährung. In: Otto Grotewohl: Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik. Bd. 3. Berlin 1954. S. 175ff; Über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im I. Quartal 1953. In: Dokumentation der Zeit (1953)46. Spalte 2411ff.

31 Siehe die Jahrgänge 1952 und 1953 der B-Ausgabe von »Neues Deutschland«.

Geburtstag Stalins, war das erste Lenindenkmal in einer Werkzeugfabrik im Thüringischen Königsee gefolgt. Im gleichen Jahr hatte die Verleihung von Namen führender Funktionäre der SED, besonders Ulbrichts und Piecks, an Betriebe, Institutionen und Sportstätten begonnen. Am 10. Mai 1953 nahm Grotewohl ohne Rücksicht auf die Meinung der Einwohner die Umbenennung von Chemnitz in Karl-Marx-Stadt vor. Zum 60. Geburtstag Ulbrichts wurde ein sozialistischer Wettbewerb ausgerufen.³²

Mit all diesen Maßnahmen wurde allerdings statt ideologischer Motivierung und der Förderung von Kampfeswillen nur das Gegenteil erreicht. Sie verstärkten die Ablehnung der SED in der Bevölkerung. Immer mehr Menschen verließen die DDR. Zwar begann im Februar 1953 in der SED-Führung langsam die Erkenntnis zu reifen, daß der eingeschlagene Kurs die Kräfte der DDR überforderte und gefährliche Folgen haben konnte, jedoch gingen das ZK der SED und der Ministerrat trotzdem nach der seit 1951 nur schleppenden Durchsetzung technisch begründeter Arbeitsnormen im Mai 1953 vom Prinzip der Überzeugung ab und beschlossen administrative Normenerhöhungen um 10 bis 30 Prozent. Besonderen Zündstoff erhielt dieser Beschluß durch die gleichzeitige Aufhebung der Bestimmung des Ministeriums für Arbeit, wonach bei der Einführung neuer Normen der Verdienst nicht sinken durfte.³³ Bei dem sehr unterschiedlichen Niveau der Normen war eine einheitliche, schematische Normenerhöhung völlig ungerechtfertigt. Zudem hatten häufige und wachsende Stillstands- und Wartezeiten, Zuliefer- und Materialschwierigkeiten die Erfüllung selbst der alten Normen oft verhindert.

Am 5. März 1953 war J. Stalin gestorben. Die SKK hatte in eigenen Analysen die kritische Lage in der DDR erfaßt. Anfang Juni wurden Ulbricht, Grotewohl und Fred Oelßner nach Moskau beordert, wo ihnen

32 Siehe »Illustrierte Rundschau« (1953)11. S. 2; Stalin-Denkmal in Berlin enthüllt. In: ND. B-Ausgabe vom 4. August 1951. S. 1; Am 21. Januar 1924 starb W.I. Lenin. In: »Die Frau von heute« (1952)3. S. 11; Wilhelm-Pieck-Stipendium. In: ND. B-Ausgabe vom 20. Juni 1951. S. 1; Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Walter Ulbricht. In: ND. B-Ausgabe vom 28. Juni 1951. S. 1; Leuna-Werk Walter Ulbricht. In: ND. B-Ausgabe vom 14. Januar 1951. S. 1.

33 Siehe Heinrich Rau: Die neuen Aufgaben in der Industrie. In: ND vom 17. Mai 1953. S. 3.

das Politbüro der KPdSU das Programm für den neuen Kurs vorlegte.³⁴ Das SED-Politbüro und die Regierung kündigten am 9. und 11. Juni die Korrektur des Fünfjahrplanes, die Verbesserung des Lebensstandards, die Rücknahme aller Einschränkungen für die Privatwirtschaft, des Reiseverkehrs mit der Bundesrepublik sowie für die Kirche und die Überprüfung der Rechtsprechung an. In der Normenfrage erfolgte zunächst keine Korrektur. Das hatte eine explosive Wirkung. Unruhe und Empörung unter den Arbeitern, die zu dem Eindruck kommen mußten, sie würden durch die Politik des neuen Kurses benachteiligt und sollten mit Lohneinbußen Verbesserungen für andere Bevölkerungsschichten bezahlen, wuchsen. Vom 16. bis 18. Juni entluden sich die Empörung über die Haltung zur Normenfrage, Mißbilligung und Zorn angesichts der Mißachtung der Demokratie, zerstörter Existenzen sowie des Mißbrauchs der Justiz und führten faktisch zum Zusammenbruch der Macht der SED, deren Sturz nur durch das Eingreifen der Sowjetunion verhindert wurde.

Eine Reihe besonderer Umstände führte dazu, daß im Juni 1953, als die politische Willkür längst auch in Polen, in Ungarn und in der CSR schwere Belastungen und Erbitterung hervorgerufen hatte,³⁵ gerade Deutsche in der DDR als erste gegen den Totalitarismus aufstanden. Zwar wurde ihr Aufbegehren unterdrückt, doch reiht es sich ein in die »Traditionsliste deutscher Freiheitskämpfe«³⁶. Seine Bedeutung wird auch in Zukunft nicht schrumpfen. Im Ergebnis des kalten Krieges wurden dem Volk die DDR und ihre Führung aufgezwungen. Im »Arbeiter-und-Bauern-Staat« wurden die Menschen, selbst als Mitglieder der SED, manipuliert und von allen wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen. Es scheiterten ein untaugliches, zynisches politisches Konzept und die DDR, nicht ihre Bürger.

34 Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Hamburg 1990. S. 56.

35 Siehe Heinz Heitzer: Arbeiterprotest, Putsch oder Aufstand? In: Krisen, Brüche, Wendepunkte. Berlin, Leipzig und Jena 1990. S. 127.

36 Hermann Weber: Ulbricht sollte schon gehen. Der Aufstand am 17. Juni 1953. In: Aufbau und Fall einer Diktatur. Köln 1991. S. 52.

***Weitgespannte Entwürfe – großzügige
Ansätze – repressive Maßnahmen.
Zur Kulturpolitik der DDR***

von Eberhart Schulz

Die kulturpolitische Orientierung, mit der KPD und SED an die Gestaltung einer neuen Gesellschaft herangingen, stellte ein weitgespanntes Programm dar. Schon 1946 definierte die KPD Kultur als »die Gesamtheit der materiellen und geistigen Werte eines Volkes«¹, und auf ihrem Ersten Kulturtag im Mai 1948 präzisierte die SED: »Unter Kultur verstehen wir diejenige manuelle und geistige Fertigkeit und Tätigkeit, ferner diejenigen aus überschüssiger Arbeit gewonnenen materiellen und ideellen Güter und schließlich diejenigen gesellschaftlichen Einrichtungen, die der Höherentwicklung der Menschheit dienen.«² Die kulturelle Entwicklung wurde als unverzichtbarer Bestandteil gesellschaftlicher Veränderungen angesehen; es ging dabei nicht nur um die unabdingbare Einbeziehung der Intellektuellen in den Wiederaufbau, sondern letztlich »um das Verhältnis des ganzen Volkes zur Kultur und um die Entwicklung der kulturschöpferischen Kräfte aller Werktätigen.«³

1 Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung. Rede auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin. 4. Februar 1946. In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Dokumente zur Kulturpolitik 1945-1949. Zusammengestellt und eingeleitet von Gerd Dietrich. Berlin 1983 (im folgenden Erneuerung), S. 124.

2 Anton Ackermann: Marxistische Kulturpolitik. Rede auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin. 7. Mai 1948. In: Erneuerung, S. 277.

3 Eberhard Röhner: Wie aus Kulturpolitik in der DDR Politik gegen die Kultur wurde. In: »Neues Deutschland« vom 19./20. September 1992. S. 14.

Der weitgefaßte Kulturbegriff der Programmatik fand sich jedoch in der praktizierten Kulturpolitik kaum wieder; sie beschränkte sich auf die geistige Kultur, auf die Bereiche der Kunst, der Wissenschaft und des Bildungswesens.

Zudem war die Kulturpolitik zwiespältig. Sie war zum einen der Zielstellung verpflichtet, »das ganze Volk in den Genuß der Kulturgüter zu setzen«. ⁴ In dieser Hinsicht entstand Vorbildliches. Allein im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes (1951 bis 1955) wurden fünf Prozent der gesamten Investitionssumme für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft ausgegeben. Das Niveau der Schulbildung hob sich beträchtlich (Fremdsprachen und Grundlagen der Naturwissenschaften schon in der Grundschule); die Schulen wurden vorbildlich mit Lehrmitteln ausgestattet. Für Kinder von Arbeitern und Bauern eröffneten sich besondere Wege zur Heranführung an das Studium. Die Zahl der Hochschulen und Universitäten stieg von 21 auf 46. Theateranrechte, Einführungsveranstaltungen u.ä. weckten das Verständnis für die darstellende Kunst. Werke der Weltliteratur kamen preiswert in den Buchhandel; die Bibliothek Fortschrittlicher Deutscher Schriftsteller machte viele Menschen mit dem literarischen Wirken bedeutender deutscher Autoren des 20. Jahrhunderts bekannt. Zu Beginn der 50er Jahre entwickelte sich sprunghaft auch die künstlerische Tätigkeit vieler einfacher Menschen: In großer Zahl entstanden in Betrieben, Schulen und Gemeinden Chöre, Volkstanz-, Volksmusik- und Laienspielgruppen.

Wenn sich eine solche Entwicklung auch nicht geradlinig fortsetzte, können sich die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit sehen lassen. »Die DDR lag in bezug auf die Dichte der Theater und die Anzahl der Orchester im Verhältnis zur Bevölkerungszahl international auf einem der vordersten Plätze; DDR-Bürger besuchten (im statistischen Durchschnitt) ihre Theater doppelt so oft wie Bürger der BRD, die Zahl der Konzertbesuche lag sechsmal über der der Bundesbürger. Es gab fünfmal so viele Bibliotheken wie in der BRD, und die Buchbestände sowie die Zahl der Entleihungen lagen doppelt so hoch wie dort.« ⁵

4 Anton Ackermann: Marxistische Kulturpolitik. Rede auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin. 7. Mai 1948. In: Erneuerung. S. 284.

5 Eberhard Röhner: Wie aus Kulturpolitik in der DDR Politik gegen die Kultur wurde

Zum anderen aber war die Kulturpolitik der SED Bestandteil ihres politischen Gesamtkonzepts und hatte folglich zur Erringung und Erhaltung der Macht beizutragen. So war sie untrennbar mit der Bündnispolitik gegenüber den Intellektuellen verbunden. Stark vereinfacht ausgedrückt lief diese darauf hinaus, daß SED-Führung und Regierung der DDR den Intellektuellen durch eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen, sehr kompakt in den Jahren von 1950 bis 1952, in einzelnen Schritten auch später, günstige Arbeits- und Lebensbedingungen schufen und dafür von ihnen aktive Teilnahme am Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung erwarteten.

Die programmatischen Dokumente der Jahre 1945/1946 hatten die Freiheit von Kunst und Wissenschaft betont. Anfang 1950 erläuterte Ministerpräsident Otto Grotewohl neue Prinzipien der Kulturpolitik. Die SED sah die Entwicklung einer neuen deutschen Kultur als Teil ihres Kampfes um die Herstellung eines einheitlichen antiimperialistischen Deutschlands an und verlangte von der Kultur einen gewichtigen Beitrag zur Erziehung der Menschen, zur Formung ihres Bewußtseins. Besonders der Kunst wurde eine vorwiegend ideologische Funktion zugemessen und den Kulturschaffenden damit eine Erzieherrolle aufgenötigt. Im Zusammenhang damit tauchte noch vor dem III. Parteitag der SED (Juli 1950) erneut der bereits 1948 geborene Vorwurf auf, sie blieben hinter den Forderungen des Tages zurück.

Das Jahr 1951 begann mit einer Offensive gegen die bildenden Künstler. In der »Täglichen Rundschau«, der Zeitung der sowjetischen Besatzungsbehörden, erschien eine Reihe von Artikeln, in denen Malern, Grafikern und Bildhauern der DDR vorgeworfen wurde, sie verschlossen sich den Forderungen der Zeit, würden keine die Volksmassen ansprechenden Werke schaffen. Höhepunkt dieser Kampagne war der mit N. Orlow gezeichnete Artikel vom 21. und 23. Januar 1951, in dem einige Künstler darüber hinaus pauschalisierend des »Formalismus« bezichtigt wurden, wobei ihnen damit auch noch eine antidemokratische Haltung unterstellt wurde. Die 5. Tagung des ZK der SED (15. bis 17. März 1951) nahm den Vorwurf des Zurückbleibens der kulturellen Entwicklung hinter den Erfordernissen auf und sah die Hauptursache dafür eben in der

Herrschaft des »Formalismus«, wobei weder geklärt wurde, was das sein sollte, noch der Vorwurf konkret belegt wurde. In der Diskussion verstieg sich das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Fred Oelßner zu der Feststellung, die Kunst müsse sofort einen Beitrag zur Friedenserhaltung leisten, deshalb könne man keine Geduld mit »formalistisch« arbeitenden Künstlern haben.

Von gleichen Überlegungen waren die Diskussionen um die Oper »Die Verurteilung des Lucullus« von Bertolt Brecht und Paul Dessau geprägt. Obwohl hierbei durch die vermittelnde Rolle von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl das Bemühen um sachliche Auseinandersetzungen zum Tragen kam, Brecht und Dessau manche Korrekturen an der ursprünglichen Fassung vornahmen, wurde erneut das Bestreben der SED-Führung deutlich, die Kunst den augenblicklichen politischen Zielen unterzuordnen. Dies sprach Otto Grotewohl in seiner Rede zur Bildung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten am 31. August 1951 klar aus: »Literatur und bildende Künste sind der Politik untergeordnet, aber es ist klar, daß sie einen starken Einfluß auf die Politik ausüben. Die Idee der Kunst muß der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen. Denn nur auf der Ebene der Politik können die Bedürfnisse der werktätigen Menschen richtig erkannt und erfüllt werden. Was sich in der Politik als richtig erweist, ist es auch unbedingt in der Kunst.«⁶

Ganz in diesem Sinne wirkte die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten. Zwar hatte Otto Grotewohl auch gesagt, ihre Autorität solle nicht auf Polizeigeist und Überheblichkeit begründet sein, gerade das aber praktizierte sie. Eberhard Röhrner konstatiert, daß von nun an »Freiheiten im Bereich der Künste (und der Wissenschaften) [...] wie Privilegien behandelt« wurden, »die Politiker gewährten, weil sie die Intellektuellen auf ihrer Seite haben wollten. Das Maß an Freiheit wurde mehr und mehr von taktischen Überlegungen bestimmt oder von Erfordernissen, die in Parteibeschlüssen formuliert wurden.«⁷

6 Otto Grotewohl: Deutsche Kulturpolitik. Dresden 1952. S. 156.

7 Eberhard Röhrner: Wie aus Kulturpolitik in der DDR Politik gegen die Kultur wurde. In: »Neues Deutschland« vom 19./20. September 1992. S. 14.

Das wurde bei den Ereignissen des Jahres 1953 besonders deutlich. Die rigide Kulturpolitik wie auch andere Auswirkungen des forcierten »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus« ab 1952 führten zu erheblicher Mißstimmung unter den Intellektuellen; die Kulturpolitik geriet in Konflikt mit den Absichten der Bündnispolitik. Die Leitung des Kulturbundes führte Anfang 1953 eine umfangreiche Erhebung über die Lage und die Stimmung der Intellektuellen durch. Die Ergebnisse waren so gravierend, daß im April in Jena und im Mai in Berlin in Anwesenheit führender Vertreter der SED Aussprachen mit Angehörigen dieser sozialen Schicht stattfanden und die Abstellung von Mißständen zugesagt wurde. Nach den Juniereignissen artikulierten die Akademie der Künste und der Kulturbund Forderungen, die darauf hinausliefen, Lehrern, Journalisten, Künstlern und Wissenschaftlern mehr Eigenverantwortung für ihr Schaffen zuzubilligen. Zunächst schien die SED-Führung dieses Verlangen zu akzeptieren. Bald aber setzte eine mit Unterstellungen arbeitende Pressekampagne ein, und auf einer Zusammenkunft mit namhaften Künstlern im Oktober 1953 erklärte Otto Grotewohl, der »neue Kurs« bedeute keinen »faulen Liberalismus« und beschuldigte die Akademie der Künste und den Kulturbund, sie kritisierten die Arbeit bestimmter Staatsorgane, ohne sich zur führenden Rolle der Arbeiterklasse zu bekennen.

Dennoch lebten die alten Organisationsstrukturen und zunächst auch die alten Praktiken in der Leitung der Kulturpolitik nicht wieder auf. Im Januar 1954 trat mit der Schaffung des Ministeriums für Kultur unter Leitung von Johannes R. Becher ein neuer, der Spezifik des geistig-kulturellen Lebens besser angepaßter Leitungsmechanismus ins Leben. Unter dem Einfluß der Auffassungen von der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und von der kulturell-erzieherischen Funktion des Staates blieben jedoch Mechanismen erhalten, die eine wirklich demokratische Entwicklung der Kultur verhinderten.

Die Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU veranlaßten in den Monaten von März bis Oktober 1956 vor allem Wissenschaftler und Künstler der DDR, öffentlich Grundfragen des geistig-kulturellen Lebens aufzuwerfen. Sie stellten die dogmatische Vorherrschaft des dialektischen und historischen Materialismus über die Einzelwissenschaften infrage,

kritisierten Einseitigkeiten und Langeweile im Kulturleben und formulierten Vorschläge für eine Alternative im Sinne eines demokratischen Sozialismus. Sogar das Politbüro verkündete die Notwendigkeit wissenschaftlichen Meinungsstreits und freier Meinungsäußerung, kritisierte Kommandieren und Bevormunden innerhalb der SED. Doch hielt diese Atmosphäre schöpferischer Diskussion nicht lange an.

Nach der Niederschlagung des gegen die sozialistischen Machtverhältnisse gerichteten Aufstandes in Ungarn griff die Führung der SED unter Walter Ulbricht erneut zum Mittel der politischen Disziplinierung. Die 30. Tagung des ZK der SED (Januar/Februar 1957) ließ das deutlich werden. Sie bekämpfte sowohl die Gegner der Ulbrichtschen Linie in der Parteiführung als auch diejenigen Intellektuellen, die alternative Vorstellungen vom Sozialismus entwickelt oder mit ihnen sympathisiert hatten. Dabei fand die Parteiführung eifrige Mitstreiter unter den Intellektuellen selbst. Höhepunkte dieser Offensive waren die Kulturkonferenz der ZK der SED (Oktober 1957) und die III. Hochschulkonferenz der SED (Februar/März 1958). Namhafte Parteimitglieder aus Kunst und Wissenschaft, die aus dogmatischen Auffassungen hatten ausbrechen wollen, um die neue Gesellschaftsordnung effektiver und demokratischer gestalten zu können oder die einer freizügigeren Kulturausübung das Wort geredet hatten, wurden des »Revisionismus« beschuldigt und zu »selbstkritischen« Erklärungen genötigt. Im Ergebnis kamen Richtlinien zustande, die darauf orientierten, Bildung, Kunst und Wissenschaften in einem als »sozialistisch« verstandenen Sinne weiterzuentwickeln.

Diese Zielstellung wurde vom V. Parteitag der SED (Juli 1958) bekräftigt, der »Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins« eine entscheidende Rolle zugemessen. Zugleich forderte Walter Ulbricht die Werktätigen auf, »die Höhen der Kultur zu stürmen«. Da das in wenigen Jahren erreicht werden sollte, war erneut Ungeduld in der Kulturpolitik vorprogrammiert. Die Bitterfelder Konferenz im April 1959 ließ das schon erkennen. Die doppelte Aufgabenstellung, immer mehr einfache Menschen zu künstlerisch schöpferischer Arbeit anzuregen und damit einen Beitrag zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu leisten, sowie die Künstler enger mit dem Alltagsleben dieser Menschen zu verbinden, entsprach

durchaus sozialistischen Idealen. Nachteilig wirkte sich jedoch aus, daß die Parteiführung damit die Erwartung verband, die Massen durch Kunst und Literatur stärker als bisher direkt ideologisch beeinflussen und dadurch schneller zu »sozialistischen« Haltungen und Verhaltensweisen führen zu können. Die Vision von der langfristig zu erreichenden »gebildeten Nation« war mit der Hoffnung verknüpft, kurzfristig Erfolge zu erreichen. Bei allen Einseitigkeiten, die mit dem »Bitterfelder Weg« verbunden waren, bei aller Kritik der Parteiführung an Künstlern, die sich dieser Linie der Kulturpolitik nicht unterordnen wollten, an Wissenschaftlern, die undogmatisch neue Ansätze suchten, blieb Anfang der 60er Jahre das kulturelle Leben doch recht vielfältig, geprägt auch von schöpferischen Diskussionen.

Aber schon seit Ende 1964 nahmen in bestimmten Kreisen des Parteiapparates kritische Einschätzungen der Entwicklung im kulturellen Leben zu. Man warf den Künstlern, die sich auch der Darstellung von Widersprüchen zugewandt hatten, die auf dem Boden der neuen Gesellschaft entstanden waren, vor, sie huldigten »kleinbürgerlichen Sozialismusauffassungen« und verbreiteten Skeptizismus; man witterte Gefahr für die führende Rolle der Partei. Von der 11. Tagung des ZK der SED (15. bis 18. Dezember 1965) ging eine ungemein restriktive Politik an Einschränkungen und Verboten von Büchern und Spielfilmen aus, wurde eine verheißungsvolle Entwicklung in den Künsten abgebrochen; dogmatische Auffassungen über Kunst und Kultur verfestigten sich erneut.⁸ Diese Tagung war in ihren Folgen verheerender als alle bisherigen Einbrüche in eine verständnisvolle Kulturpolitik. Sie unterbrach »einen Prozeß, in dessen Verlauf sich ein ganz eigenartiges, sozialismusspezifisches Verständnis von den Aufgaben des Schriftstellers sowie eine ungewöhnlich intensive Beziehung zwischen der neu entstehenden Literatur und ihren Lesern herausgebildet hatte. Literatur war in den Jahren zwischen 1961 und 1965 zu einem Organ gesellschaftlicher Selbstverständigung geworden, das für die Bewußtseinsbildung der Gesellschaft als Ganzes, für das Entstehen eines Zusammengehörigkeitsgefühls der

⁸ Siehe Detlef Eckert: Die abgebrochene Demokratisierung. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Leipzig, Berlin, Jena 1990. S. 209-216.

DDR-Bürger und für die Entfaltung eines praxisorientierten Demokratiekonzepts von Bedeutung war. Die Beschneidung dieser Literaturfunktion durch das 11. Plenum hatte in den folgenden Jahrzehnten Konsequenzen für die Literatur – aber weitaus ernstere noch für die Gesellschaft.«⁹ Ähnliches gilt auch für den Bereich des Spielfilms. »Die DEFA konnte sich von diesem Schlag nie erholen.«¹⁰

Die Darstellung zeigt die große Kluft zwischen Programmatik und Wirklichkeit. Eberhard Röchner sieht als Ursachen dafür »die vorherrschende Sozialismusauffassung und das Politikverständnis, das sich seit der Oktoberrevolution – in Stalinscher Prägung – ausgebildet hatte. Vergessen war, was Marx und Engels im Manifest der Kommunisten festgestellt hatten, von einer neuen Gesellschaft könne man nur reden, wenn in ihr die ›freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller‹ werde. Zum obersten politischen Prinzip wurde die Sicherung der Macht, und Führung durch die Partei wurde zu autoritärer Vorherrschaft, die Parteiführung fühlte sich als ›Verwalter ewiger Wahrheiten‹.«¹¹

Der hohe Anspruch, den Menschen »aus Armut, Ausbeutung, Demut und Knechtschaft« zu befreien und die »Würde des Menschen« herzustellen¹² – der entscheidend dazu beitrug, daß sich Intellektuelle für die Sache des Sozialismus einsetzten – und die konkreten Schritte zu seiner Verwirklichung gerieten immer mehr und immer stärker in Konflikt mit den politischen Zielstellungen, die freilich nicht völlig frei gewählt, sondern vielfach von den Bedingungen des kalten Krieges geprägt waren. Sie engten den Spielraum für die Kultur spürbar ein und liefen letztlich dem hohen Anspruch direkt zuwider. Dadurch wurde dieser selbst mehr und mehr zu einer bloßen Deklaration.

9 Leonore Krenzlin: Am Ende des Bitterfelder Weges. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Leipzig, Berlin, Jena 1990. S. 217.

10 Klaus Wischniewski: Verbotene Filme. In: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Leipzig, Berlin, Jena 1990. S. 244.

11 Eberhard Röchner: Wie aus Kulturpolitik in der DDR Politik gegen die Kultur wurde. In: »Neues Deutschland« vom 19./20. September 1992. S. 14.

12 Anton Ackermann: Marxistische Kulturpolitik. Rede auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin. 7. Mai 1948. In: Erneuerung. S. 267.

Rezension

Siegfried Prokop: Unternehmen »Chinese Wall«. Die DDR im Zwielicht der Mauer. R.G. Fischer Verlag. Frankfurt (Main) 1992. 219 S. 19,80 DM.

Der Berliner Historiker Siegfried Prokop legt mit diesem Buch eine lebendig und anschaulich geschriebene Darstellung der Situation der DDR in den Jahren 1958 bis 1963, also unmittelbar vor und nach dem Mauerbau, vor. Gestützt auf neue, vor allem publizistische Quellen gelingt es ihm, nicht nur das Geschehen plastisch herauszuarbeiten, sondern auch die Stimmung unter den Menschen in jenen Jahren wiederzugeben, wozu die eingestreuten Episoden, politischen Witze, zeitgenössischen Plakate und Karikaturen sowie kurze Quellenauszüge beitragen.

Prokop beginnt sein Buch mit einem Kapitel über die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 und ihrer Vorgeschichte: dem fortschreitenden Verfall des SED-Regimes seit Sommer 1989. In den folgenden Kapiteln untersucht er die nationale und internationale Situation ab 1958, die jeweiligen Ziele der politischen Hauptkräfte, wobei er die agierenden Politiker sehr anschaulich, auch mit ihren individuellen Eigenheiten, charakterisiert. Er macht die widersprüchliche Entwicklung in der DDR deutlich: Einerseits trieb die Führung gesellschaftliche Prozesse (Bildung der LPG, Umgestaltung des Schulwesens u.a.) mit enormem Druck voran, andererseits entstanden dadurch nicht nur materielle Schäden und menschliche Bedrückung, sondern auch bleibende Neuerungen in Industrie, Landwirtschaft und kulturellem Leben; einerseits führte das zu einer wachsenden Identifizierung der Bürger mit ihrem Staat, aber andererseits erwachsen auch immer wieder ernsthafte Konflikte mit

ihm. Der Verfasser schildert die ernsthaften Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR seit Mitte 1960 und weist nach, daß die Hilfe der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten für die DDR (über)lebensnotwendig war, wobei noch immer Hoffnungen auf eine Lösung der Westberlin-Frage durch Verhandlungen erhalten blieben. Die Situation nach dem Mauerbau läßt sich vereinfacht auf die kurze Formel bringen: Der Westen verhielt sich unentschlossen, folglich gab es keine endgültige Lösung auf dem Verhandlungswege; in der DDR zeichneten sich Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet ab, aber im politischen Bereich gab es kein Pendant zum Neuen Ökonomischen System, das einen Ansatz zur Demokratisierung hätte liefern können. Prokop schließt sein Buch ab mit der Darstellung der Folgen der überhasteten Maueröffnung: Der Zusammenbruch der Führungsrolle der SED konnte nicht aufgehalten werden, im Gegenteil beschleunigte er sich; die Versuche, eine Demokratisierung der DDR-Gesellschaft in Gang zu setzen, schlugen fehl; die Massenstimmung schlug um in Richtung raschen Anschlusses an die BRD.

Als einen wesentlichen Vorzug der Darstellung empfinde ich die an mehreren Stellen auftauchenden Hinweise und Fragen zu möglichen Alternativen der Entwicklung. Den gegebenen Wertungen möchte ich nicht in jedem Falle zustimmen. So erscheint mir Ulbrichts Haltung 1968 zu negativ gesehen; die den Stimmungen der Jahre 1989/1990 entsprechende Empörung über den Luxus der Parteioberen müßte man angesichts heutiger Erfahrungen und Erkenntnisse sicher relativieren. Manche Fragen zu den behandelten Ereignissen bleiben natürlich noch offen, da noch nicht alle Archive genutzt werden konnten. Insgesamt ein Buch, das vor allem dem historisch Interessierten zu empfehlen ist, aber auch dem Fachhistoriker viele neue Einsichten und Anregungen vermittelt.

Eberhart Schulz

Personalia

Rolf Badstübner, Prof. em. Dr. phil. habil.; geboren 1928, Studium, Promotion (1963) und Habilitation (1968) an der Humboldt-Universität zu Berlin; wissenschaftlicher Mitarbeiter/Bereichsleiter am Institut für Deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1960-1991; Monographien und Studien zur Geschichte nach 1943/1945.

Siegfried Prokop, Prof. Dr. phil.; geboren 1940 in Böhmen und aufgewachsen in Mecklenburg. Nach dem Abitur in Neubrandenburg 1958 Studium der Geschichte und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin. 1967 Promotion; Dissertation über die Universitätsreformbestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In den siebziger Jahren Lehrveranstaltungen über deutsche Geschichte und Beginn von Untersuchungen zur Geschichte der DDR. Seit 1979 Hochschullehrer an der Humboldt-Universität. Gastprofessor an der Universität Paris VIII (1987), der Lomonossow-Universität, Moskau (1988), und der Concordia Universität, Montreal (1991). Veröffentlichungen (u. a.): Studenten im Aufbruch. Zur studentischen Opposition in der BRD. Berlin und Dortmund 1974; Übergang zum Sozialismus in der DDR 1958-1963. Berlin 1986; Deutsche Zeitgeschichte – Neu befragt. Berlin 1990.

Dieter Schulz, Dr. phil.; geboren 1954, studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin Geschichte. Promovierte 1984 mit einer Arbeit über die soziale Lage der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955. Weitere Forschungsschwerpunkte waren die Agrarpolitik der SED, Fragen der Gewerkschaftsarbeit in volkseigenen Industriebetrieben und die soziale Entwicklung der Intelligenz in der DDR.

Eberhart Schulz, Dr. sc. phil.; geboren 1928 in Oelsnitz (Vogtland), arbeitete zunächst als Neulehrer, absolvierte dabei die 1. und 2. Lehrerprüfung, erwarb später im Fernstudium die Lehrbefähigung im Fach Geschichte für die Klassen 5 bis 10 und 9 bis 12. 1971 promovierte er mit einer Arbeit über die Deutsche Volkspartei in Sachsen (1919 bis 1923). Seit 1974 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena tätig, erfolgte 1982 die Promotion B (Habilitation) mit einer Arbeit zur Geschichte der SED in Thüringen. 1983 wurde er zum Dozenten für Geschichte der DDR berufen. 1991 schied er aus dem Hochschuldienst aus.

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

»Mitteilungen«

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külöw/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teuschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46. – Inhalt. S. 47.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52. – Autoren dieses Heftes. S. 53. – Informationen des Vorstandes. S. 54.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx. –

Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5-9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11-16. – Faksimiles. S. 17-36. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37-40. – Personalien. S. 41-47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47-51. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. S. 51-52.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 68 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 bis 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7-11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11-13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13-14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15-16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17-39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41-55. – Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Verein e. V. S. 57-58.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.]

»*Texte zur politischen Bildung*«

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/ Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S.
